

PROTOKOLL

über die 9. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 25. November 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: StR Wilhelm Hauser, GR Ing. Wolfgang Hack

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) Fin-201/04 Tourismusverband Steyr; Ersatz des Abganges für den Betrieb des Weihnachtsmuseums Christkindlwelt in der Saison 2003/2004.

2) K-39/04 Schloss Lamberg; Schlossgraben; Stromverteiler 2. Versorgungsetappe.

3) GHJ2-85/04 Möblierung Vorzimmer Vizebürgermeister Bremm.

4) BauBrü-2/04 Fußgängerübergang Zieglergasse; Vergabe der zusätzlichen Arbeiten.

5) Abfall-5/04 Mülldeponie der Stadt Steyr; Anmietung eines Radladers zur Umladung von

Siedlungsabfällen; Antrag auf weitere Anmietung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-110/04 Nachtragsvoranschlag 2004.
- 2) Fin-222/04 Projekt Steyr 2010 – Automotive.
- 3) Fin-229/03 Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebes an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ-Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr.
- 4) BauGru-8/04 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.11; Franz Johann Schützenhofer.
- 5) BauGru-29/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 10; Dauerkleingartenanlage Munichholz.
- 6) BauGru-10/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2, Hofer KG; Änderung Nr. 12.
- 7) BauGru-54/04 Neuplanungsgebiet Nr. 4 – Werndlpark.
- 8) BauR-3/04 Umverlegung der Goldhanstraße im Bereich Dorningerbach; Verordnung gem. § 11 Abs. 1 des OÖ. Straßengesetzes.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

- 9) Fin-214/00 Waldorfkindergarten Munichholz, Dr. Alois und Maria Riedler; Rückzahlung der gewährten Förderungen.
- 10) Fin-224/04 Bezirksstelle des Roten Kreuzes Steyr-Stadt; nachträglicher Lifteinbau; Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 11) Fin-230/04 Hochwasserschäden im Vermögen der Stadt Steyr; Kostenrefundierung; Bootshaus.
- 12) ÖAG-11/04 Verkauf des Grundstückes 717/3, Grundbuch Steyr, an Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink; Mayrhoferstraße 2.
- 13) Sport-8/04 Sportehrenzeichenverleihung 2004.
- 14) GemAbf-1/03 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr vom 11. Dez. 2003.
- 15) Schu-28/03 Brandschutzordnung für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Steyr – Neufassung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 16) Stw-76/04 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2005.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 17) BauT-20/03 Kanalisation Steyr 2004, BA 13; Wehrgrabengasse; zusätzliche Straßenbauarbeiten im Zuge der Kanalbauarbeiten.
- 18) K-1/04 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2003“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

- 19) JW-520/04 Kreditüberschreitung bzw. –übertragung bei den Kosten für sozialpädagogische Betreuung.

20) JW-520/04 Kreditüberschreitung bei den Kosten für Pflegekinder.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

21) Fin-204/04 TKV-Gebühren; OÖ. Tiermaterialienverordnung 2004.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und feststellen, dass die Einberufung rechtzeitig und ordnungsgemäß geschehen ist, die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute die GR Feller-Höller Helga und der GR Lengauer Engelbert. Entschuldigt sind StR Wilhelm Hauser und GR Ing. Wolfgang Hack. Verspätet eintreffen werden GR Gabath und GR Baumgartner Karl.

Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Es gibt heute keine Anfragen. Wir kommen somit gleich zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Zum ersten Mal wurden am 27. 9. 2004 die innovativsten Betriebe der automobilen Branche ausgezeichnet. In insgesamt vier Kategorien wurden jene Personen und Firmen in den Mittelpunkt gestellt, die ihren Beitrag zum Erfolg des Autolandes Österreich geleistet haben: Die AVL List GmbH in der Kategorie Forschung, die BMW Motoren GmbH in der Kategorie Engineering, MAN Steyr im Bereich Produktion sowie die Magna Steyr Fahrzeugtechnik im Bereich Fahrwerk.

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl unterstrich in seiner Laudatio, dass die österreichische Wirtschaft stolz auf die heimische Autoindustrie sei. Hier würden die Fähigkeiten der Menschen des Landes zielgerichtet eingesetzt und in kreativen und innovativen Produkten gebündelt. Als Beispiel nannte der WKÖ-Präsident BMW, das laut eigenen Aussagen Österreich im Benchmarking der Produktionsstätten unter ganz oben führe. Das zeigt, dass es wichtige Fakten abseits des Kostenfaktors gibt. Wir müssen bestrebt sein, der beste und nicht der billigste Standort zu sein. Gleichzeitig regte Leitl an, die Branche internationaler zu machen, indem die Betriebe das „tragfähige“ Netzwerk der Außenwirtschaftsorganisation nutzen.

B 309 erst im Jahr 2009: Stadtchef protestiert heftig

Verärgert war ich auf die Aussage des Bau-Landesrates Franz Hiesl, die B 309 könne erst ab 2009 zu bauen begonnen werden. Wir akzeptieren beim Bau der B 309 keine Verzögerung mehr und es kann doch nicht sein, dass der Wirtschaftsstandort Steyr mit seinen internationalen Großkonzernen einfach ignoriert wird. Eine Verschiebung des Baubeginns auf 2009 ist verantwortungslos und völlig inakzeptabel.

Steyr bei Internet-Service wieder an der Spitze

Nun können Hausabgaben per Mausclick bezahlt werden

Nach dem Erfolg beim Wettbewerb „innovativste Gemeinde Österreichs“ kann Steyr nun wieder mit einem EDV-Projekt punkten: als erste Statutarstadt des Landes, in der ab sofort die Hausabgaben über Internet bezahlt werden können. Nach einer intensiven Testphase ist dieses Gemeinschaftsprojekt mit der Gemdat Oberösterreich nun online. Über buergerportal.at oder die Steyrer Homepage kommen die Steyrer jetzt zu drei neuen Service-Angeboten:

Vorschreibung
Kontoauszug
Ablesen des Wasserzählers

Die Steyrerinnen und Steyrer müssen sich immer weniger oft an den Amtsstunden orientieren, denn das Bürgerportal und unsere eGovernment-Seite sind rund um die Uhr geöffnet, und das das ganze Jahr.

Cook and Chill: Premiere mit 96 Kilo Putenrouladen

Seit Anfang letzter Woche werden in der modernst ausgestatteten Küche des neuen Alten- und

Pflegeheims Münchenholz die Speisen für Essen auf Rädern, die städtischen Kindergärten und Horte, das Alten- und Pflegeheim Tabor sowie die Kantinen der städtischen Betriebe gekocht. Für das erste Menü wurden unter anderem 96 Kilogramm Putenrouladen mit dem neuen „Cook and Chill-System“ zubereitet. „Es hat hervorragend geschmeckt“, lautet das allgemeine Urteil nach der „Premiere“.

Cook and Chill bedeutet: Die Speisen werden mit elektromagnetischen Wellen erhitzt. Die Energie wirkt dabei nur auf Porzellan-Geschirrtteile mit Spezialbeschichtung. So können zum Beispiel in einer Box Suppen und Hauptgerichte erhitzt werden, während Salate oder Kompotte in der selben Box kalt bleiben. In etwa 30 Minuten werden die gekühlten Speisen energiesparend in heiße Mahlzeiten umgewandelt.

Einkaufs-Samstage: Jeder Busfahrchein gilt als Tageskarte

Die Stadt bietet auch heuer wieder an den Einkaufs-Samstagen vor Weihnachten einen ganz speziellen Anreiz, auf den eigenen Pkw zu verzichten. An diesen Tagen gilt jeder Einzelfahrchein der städtischen Linienbusse und jede Entwertung eines Mehrfahrcheines automatisch als Tagesnetzkarte. Somit kann jeder Fahrgast während der gesamten Betriebszeit sämtliche städtischen Buslinien zum Preis einer Einzelfahrt benützen.

Fischmarkt war Riesenerfolg: Tausende Besucher trotz Regens

Riesenerfolg des ersten Fischmarktes auf dem Steyrer Wieserfeldplatz. Mehrere Tausend Besucher sind am vergangenen Wochenende trotz teilweise schlechten Wetters auf das Marktgelände gekommen. Den Marktschreibern - den „Jungs vom Hamburger Fischmarkt“ - hat es in Steyrer sehr gut gefallen, sie wollen auch im nächsten Jahr wiederkommen.

Auch ich war sehr erfreut über die gelungene Veranstaltung. Der Wieserfeldplatz hat als Marktgelände ein glänzendes Comeback gefeiert. Das Team der Fachabteilung für Marktangelegenheiten hat den Fischmarkt auch hervorragend vorbereitet und begleitet. Ich möchte mich dafür ganz, ganz herzlich bedanken.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Oktober 2004 betrug 5,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte weniger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,5 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2004 2.099. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 3,3 % (d. s. 67 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 11 % (d.s. 259 Personen).

Im Oktober 2004 sind 461 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 18 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 35 Stellen mehr.

Ich bitte nun um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates und komme dann gleich zu Punkt 5), Verhandlungsgegenstände. Ich bitte meine Kollegin um die Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zu meinem ersten Punkt. Dabei geht es um den Nachtragsvoranschlag 2004. Für das Finanzjahr 2004 ist durch die Veränderung bei den Einnahmen und bei den Ausgaben die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden. Außerdem musste die Ausgliederung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben dargestellt werden. Im ordentlichen Haushalt geht es um folgende Summen: Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes erhöhen sich von Euro 85,104.400,-- auf 94,565.000,--. Der ursprünglich veranschlagte Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von Euro 4,1 Mio. konnte geringfügig auf Euro 4,0 Mio. vermindert werden. Im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von Euro 29,269.000,-- vorgesehen. Die Erhöhung beträgt jeweils Euro 12,779.400,--, wobei diese Änderung in erster Linie auf APM und Reithoffer-Gelände zurückzuführen ist. Ich bitte diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung zu geben.

1) Fin-110/04 Nachtragsvoranschlag 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 11. Dezember 2003, Fin-100/03, womit der Voranschlag 2004 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 2004 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 85.104.100,-- auf Euro 94.565.000,--
die Gesamtausgaben von Euro 85.104.100,-- auf Euro 94.565.000,--
somit ausgeglichen Euro 0,--

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von Euro 16.489.600,-- auf Euro 29.269.000,--
die Gesamtausgaben von Euro 16.489.600,-- auf Euro 29.269.000,--
somit ausgeglichen Euro 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. Dezember 2003 betreffend den Voranschlag für das Jahr 2004 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Der Herr Bürgermeister, in seiner Eigenschaft als Finanzreferent der Stadt Steyr, hat ja soeben die Ausweitungen des ordentlichen aber auch des außerordentlichen Haushaltes dargelegt, und er hat eigentlich sehr gelassen im Großen und Ganzen dabei gewirkt. Weniger gelassen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern eher mit Sorge erfüllt, beobachten wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, die seit Jahren sich abzeichnende, immer schlechter werdende Finanzsituation der Stadt Steyr, die offensichtlich aufgrund der Vorlage dieses heutigen Nachtragsvoranschlages ihren vorläufigen Höhepunkt findet, aber zweifellos ihre Fortsetzung haben wird, nämlich bei der Budgeterstellung des Jahres 2005 und auch der folgenden Jahre. Erlauben sie mir daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass ich aus Sicht der Freiheitlichen doch ein paar Bereiche etwas näher beleuchte und auch einige Kommentare aus unserer Sicht abgeben. Der Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, dass sich der ordentliche Haushalt um ca. 11 % ausgeweitet hat und dass bei der Einnahmenseite und auch bei der Ausgabenseite eine entsprechende Erhöhung festzustellen ist. Obwohl sich die Einnahmen erhöht haben, ist es nach wie vor festzuhalten, dass der Abgang im ordentlichen Haushalt nach wie vor 4 Mio. Euro beträgt und der eben durch Rücklagen abgedeckt werden muss bzw. jetzt noch abgedeckt werden kann.

Im außerordentlichen Haushalt schaut es aber noch viel dramatischer aus. Da ist eine Steigerung von 77,5 % feststellbar. Das ist schon eine sehr massive Veränderung des vom Gemeinderat ursprünglich beschlossenen Budgetrahmens. Für diese Abdeckung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist alleine festzustellen, dass im Bereich der Schuldenaufnahme eine Größenordnung von 23,56 Mio. Euro notwendig war und trotz der vielen Tarif- und Gebührenanhebungen steigt der Schuldenstand der Stadt Steyr innerhalb eines Rechnungsjahres, nämlich des Rechnungsjahres 2004 von rund 47,1 Mio. auf 67,2 Mio. Euro an. Die Rücklagen hingegen sinken von 9,5 Mio. auf 5,5 Mio. Euro. Trotz dieser Budgetausweitung, ich habe ja bei anderen Gelegenheiten auch darauf hingewiesen, war es nicht möglich, wichtige Vorhaben, ich nenne nur ein paar Beispiele - Straßensanierungen oder die Sanierung des städt. Freibades - in Angriff zu nehmen.

Es wäre eigentlich jetzt schon an der Zeit, und die Budgetverhandlungen die bis jetzt abgehalten worden sind für das Rechnungsjahr 2005, weisen ja darauf hin, dass man auch Forderungen der Oppositionsparteien, im Besonderen der FPÖ, berücksichtigt. Wir fordern nämlich seit geraumer Zeit Einsparungsmaßnahmen auf allen Ebenen aber auch Verkäufe von Liegenschaften die brach liegen. Ich denke da z. B. an den städt. Wirtschaftshof. Die derzeitigen Verhandlungen, wie gesagt, was das Budgetjahr 2005 betreffen, werden es einfach notwendig machen, dass tatsächlich wieder Sparmaßnahmen beschlossen werden, aber diese auch eingehalten werden zum Unterschied von

diesem Rechnungsjahr. Es wird auch immer deutlicher erkennbar, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Kritik der Freiheitlichen und die Ablehnung zu Grundstücksankäufen, wie der Unterhimmeler Au, damals um 23 Mio. Schilling, und vor allen Dingen, das hat auch bereits der Bürgermeister erwähnt, was dieses Budget so ausgeweitet hat, war ja der Ankauf der Reithoffer-Gründe bzw. der damit in Verbindung stehenden Wohnungen von der Firma Magna, die 6,6 Mio. Euro bzw. 6,645 Mio. Euro ausgemacht haben. Aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich in Erinnerung rufen, dass die mehrmalige Umplanung der Stadthalle auch einiges an Mehrkosten verursacht hat. Ich weiß schon, dass im Rahmen der Beschlüsse des Gemeinderates die dazu geführt haben, dass Budgetausweitungen beschlossen wurden, auch wir unseren Beitrag dazu geleistet haben, aber nachträglich muss schon die Frage erlaubt sein: „Was war das denn bitte für eine Budgetplanung?“ Was hat denn das eigentlich für einen Sinn, wenn man sich vor Beschlussfassung eines Budgets in mehreren Sitzungen stundenlang darüber unterhält, was denn wirklich an Einsparungen machbar ist und dann sich schlussendlich auf ein Budget einigt, aufgrund eines Abänderungsantrages in allerletzter Minute? Ich darf sie daran erinnern, es hat einen Abänderungsantrag vonseiten der SPÖ und der ÖVP gegeben, dem auch wir beigetreten sind. Die Kollegen von den Grünen und die Frau Kollegin Frech waren ja bekanntlich nicht bereit, diesem Budget des Jahres 2004 die Zustimmung zu geben. Aber nochmals. Was hat es für einen Sinn wenn man erkennt, und das hat ja die Budgetsituation damals schon sehr deutlich gezeigt, dass man Einsparungsmaßnahmen treffen soll und dann im Laufe des Budgetjahres das einfach alles vom Tisch wischt und über den Haufen wirft?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sixtas, da hast du es.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Kollege Apfelthaler, ich glaube ich muss ihnen schon einmal eines sagen, ich bin durchaus auch selbst bereit lustige Einwände zu machen, aber ich glaube, da hört sich die Lustigkeit schon auf, Herr Kollege Apfelthaler. Ich glaube, da soll man schon ein bisschen ernsthafter daran gehen, auch mit den Zwischenrufen. Das muss ich ihnen schon einmal sehr deutlich sagen.

Ich möchte noch ein Wort abschließend zu den Bundesertragsanteilen bzw. zu den Bundesbedarfszuweisungen aber auch zur Landesumlage sagen. Es ist zweifellos richtig, und das habe ich auch immer wieder betont, dass wir einerseits was die Landesumlage betrifft immer mehr in diesen Topf einbezahlen aber auf der anderen Seite immer weniger vom Land zurück bekommen und das macht sich natürlich auch in sehr negativer Art bei der Budgeterstellung bemerkbar. Aber ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da ist es aber anders, da bekommen wir mehr als wir geschätzt haben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... man muss auch sehr deutlich sagen, und jetzt komme ich zu den Bedarfszuweisungen des Bundes, dass diese, Ausgleichszahlungen sind ja auch mit inbegriffen, um 0,86 Mio. Euro höher als erwartet ausgefallen sind. Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist festzustellen, dass doch einiges und sehr vieles hausgemacht ist, was zu dieser Budgetsituation schlussendlich führt und wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, werden deshalb diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, der Kollege Eichhübl ist ohnedies auf die meisten Punkte eingegangen. Man könnte natürlich jetzt sagen, Herr Kollege Eichhübl, die Grünen und das Bürgerforum haben halt letztes Jahr schon in weiser Voraussicht erkannt, dass man diesem Budget so nicht die Zustimmung erteilen sollte, weil die Vergangenheit erwiesen hat, dass man sich an viele Dinge nicht hält. So drastisch wie dieses Mal war es aber sicherlich noch nie, wenn man sogar im Amtsbericht das zugibt, weil das ist selten. Wenn im Amtsbericht wortwörtlich drinnen steht: „Die Ausgabenerhöhung des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von Euro 12,78 Mio. – das sind immerhin in alten Schillingen fast 200 Mio. Schilling – entstand zum Großteil durch die Verschiebung von geplanten Vorhaben in folgende Perioden und die Durchführung anderer Vorhaben als vorgesehen.“ Jetzt frage ich mich: „Planen wir so schlecht, dass wir ständig Vorhaben in die nächste Periode schieben müssen oder gibt es auf einmal ganz eine

andere politische Willensbildung und wer führt diese politische Willensbildung durch?“ Das steht sogar richtig schön im Amtsbericht drinnen, die Durchführung anderer Vorhaben als vorgesehen. 200 Mio. Schilling. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

Einen Punkt möchte ich herausgreifen, der Kollege Eichhübl hat ihn auch angesprochen, der städtische Wirtschaftshof. Und zwar ist nämlich, das hängt ein bisschen damit zusammen, bei der Produktionsschule eine Position dabei, im Voranschlag waren 0,25 Mio. vorgesehen und das hat sich jetzt verdoppelt, praktisch 100 % mehr, noch einmal 0,25 Mio. für die Produktionsschule. Es würde mich interessieren, woher diese Verdoppelung kommt und im Zusammenhang mit dem städt. Wirtschaftshof, weil sie gesagt haben Herr Kollege Eichhübl der liegt brach, würde ich sie bitten Herr Bürgermeister, aufgrund aktueller Entwicklungen uns mitzuteilen, was der jetzige Stand ist. Mir ist nämlich zu Ohren gekommen, dass der städt. Wirtschaftshof noch vor Jahresende verkauft werden soll an die Raika, dass dort Wohnungen sein sollen, die höher sind als zweigeschossig, nämlich dreigeschossig, den Bewohnern aber noch vor Jahren versprochen worden ist es wird nicht mehr gebaut als zweigeschossig und man anscheinend so irgendwo unter der Hand gemeint hat, na ja, besser wäre es, man zieht dort irgendwo weg, wenn man sich beeinträchtigt fühlt. Also ich möchte gerne wissen Herr Bürgermeister, wie ist jetzt der Stand städt. Wirtschaftshof. Soll der Verkauf noch vor Jahresende über die Bühne gehen? Wenn ja, in welcher Form? Was Erlösen wir dafür? Wie wird das ausschauen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort meine sehr geehrten Damen und Herren? Herr Kollege Hackl bitte.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Verehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Wesen eines Nachtragsvoranschlages besteht ja grundsätzlich darin, dass nicht nur alles das ausgewiesen wird was im laufenden Budgetjahr bisher an Ausgaben in den Gremien beschlossen wurde und dem gegenüber gestellt wird, was bisher eingenommen wurde bzw. bis zum Jahresende noch eingenommen wird. Ein ganz wesentliches Element des Nachtragsvoranschlages ist es, dass in dieser Budgetfassung auch die Übertragungsbeschlüsse des Gemeinderates, und hier liegt offensichtlich auch der Gedankenfehler drinnen, ihren Niederschlag finden. Das machen wir immer im Frühjahr, wenn sie sich erinnern. D. h., es werden bzw. müssen auch jene Vorhaben finanziell bedeckt werden, die noch gar nicht abgewickelt wurden oder noch nicht abgewickelt worden sind, nicht abgerechnet worden sind oder noch nicht begonnen worden sind. Auch dafür sind die Mittel da schon mehr oder minder virtuell vorzusehen. Wir budgetieren also Geldmittel die in diesem Jahr mit ziemlicher Sicherheit nicht mehr ausgegeben werden oder gar nicht mehr ausgegeben werden. Das Zahlenwerk ist also auch unter diesem Gesichtspunkt zu sehen und zu bewerten, wobei noch hinzukommt, dass die Ausgliederung des APM sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen mit mehr als 8 Mio. Euro zu Buche schlägt womit sich zum Teil auch die enorme Erhöhung des außerordentlichen Haushaltes von rund 16 Mio. Euro auf 29 Mio. Euro erklärt. Also ich glaube, das zur Aufklärung ist schon wichtig, dass man das sieht und dass diese exorbitante Steigerung nicht einfach vom Himmel gefallen ist, sondern weil wir so viel Geld ausgegeben haben. Grundsätzlich, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bestätigt uns aber der Nachtragsvoranschlag schon für das Jahr 2004, dass wir mit einem prognostiziertem Abgang von 4 Mio. Euro schon eine negative und extrem negative Entwicklung aufzuweisen haben, die sich aus dem laufend steigenden Mehraufwand im Bereich der Landestransfers, der Kollege Eichhübl hat es schon erwähnt, gleichzeitig aber immer größer werdenden Minus im Bereich der Ertragsanteile für unsere Stadt leider ergeben. An diesem negativem Szenario wird sich leider, auch durch den neuverhandelten Finanzausgleich, nichts Wesentliches ändern, weil der Positivsaldo, der sich aus dem neuen Abschluss aus heutiger Sicht für die Stadt Steyr ergibt, bei weitem nicht das Minus abdecken wird, das sich aus insgesamt trotzdem weiter steigenden Landestransfers, vor allem aus dem Sozialhilfebeitrag aber auch aus der Jugendwohlfahrt und gleichzeitig sinkenden Steuerleistungen, Stichwort Steuerreform oder auch Geschenk an Großkonzerne, ergibt. Kurzum, das Budget 2005 wird eines sein müssen, bei dem nicht nur extremes Sparen angesagt ist, sondern wo wir auch nicht umhin kommen, Leistungen zu kürzen. Wie, wo und in welcher Höhe diese Kürzungen erfolgen werden, das ist, wie man so schön sagt, eine andere Geschichte und deren Kapitel werden wir beim Budgetgemeinderat demnächst noch ausführlich behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kollege Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, natürlicherweise ist uns bewusst, dem gesamten Gemeinderat und auch unserer Fraktion, dass wir uns in einer äußerst angespannten finanziellen Situation befinden, es viele Ursachen hat, die wir ja gemeinsam schon in einigen Diskussionen festgestellt haben. Ich glaube aber schon, dass man mit aller Deutlichkeit feststellen muss, dass es nicht in der Verschuldung der Stadt liegt, dass die finanziellen Mittel so eng geworden sind. Es gibt da eine Reihe von Ursachen, wo halt die Schere auseinander klafft von den Einnahmen hin zu den Ausgaben. Ich möchte schon auch eines noch einmal in Erinnerung rufen liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir schon eine Phase hinter uns haben, wo wir große und ganz wichtige Investitionen für die Stadt Steyr getätigt haben. Nur zur Erinnerung, Alten- und Pflegeheim oder die Stadthalle. Es gäbe da noch eine ganze Reihe anderer Projekte, die wir in den letzten 10 Jahren investiert haben. Dass es nicht in dem Tempo weiter gehen kann, dass wir auch die anderen Projekte, die wir alle möchte und uns wünschen und die wir bräuchten, aber dass es in dem Tempo nicht weiter gehen kann, hat uns klar sein müssen und war uns auch bewusst. Aber es haben halt andere Faktoren auch eine Rolle gespielt, dass wir auf die Bremse steigen müssen und dass wir so manche Projekte die wir sehr weit schon diskutiert haben, wenn ich nur an die Aufstiegshilfe Tabor denke, dass diese halt etwas zurückgerückt sind und dass die dann nicht realisierbar sind. Dass wir uns auch im nächsten Budget gewaltig anstrengen müssen um im Budget wieder die Freiräume zu bekommen, die wir benötigen für zukünftige Investitionen. Aber das ist halt so wie im Wirtschaftsleben, es gibt bestimmte Zyklen. Jetzt haben wir einen relativ langen Zeitraum hinter uns, wo wir viel investiert haben und jetzt geht es halt etwas runter. Wir werden in der nächsten Zeit, im kommenden Jahr, und wenn nicht irgendetwas Unvorhergesehenes im positiven Sinne eintritt, wird es auch 2006 nicht zu erwarten sein, dass die Spielräume sofort wieder eintreten und vorhanden sind. Wir haben aber, und da möchte ich schon dazu sagen Herr Kollege Eichhübl was du kritisch erwähnt hast und du hast eh damals schon gewarnt davor. Wir hätten nach Auffassung deiner Fraktion die Unterhimmler Au, die Werndl-Gründe nicht kaufen sollen, weil wir in Wirklichkeit das Geld nicht gehabt hätten. Wir hätten das Reithoffer-Areal nicht kaufen sollen, weil wir das Geld in Wirklichkeit nicht so flüssig gehabt haben. Das waren Zeitpunkte, die wir uns nicht selbst aussuchen konnten. Wir haben das nicht einfach gekauft, weil wir Geld im Überfluss gehabt haben sondern, weil diese Entscheidung angestanden ist und weil es für die Stadt strategische Entscheidungen gewesen sind. Wir haben ja das Geld nicht in den Sand gesetzt und eine Investition getätigt die mit einem verlorenen Aufwand verbunden ist, sondern wir haben für die Stadt ganz wichtige Investitionen getätigt. Bei der Unterhimmler Au haben wir gesagt, es soll zukünftig abgesichert sein für die Stadt als Naherholungsgebiet. Das gehört in diesem Zusammenhang schon dazu gesagt. Wenn es nicht wir als Stadt gekauft hätten, dann hätte es jemand anderer gekauft. Jetzt kann man noch sagen, mit der Widmung hätten wir eh alles steuern können. Das ist so eine Geschichte. Wenn wir ab und zu so Diskussionen bei uns führen was in der Vergangenheit vielleicht nicht so in die Zukunft gedacht worden ist wie das vielleicht wichtig und notwendig gewesen ist. Ein Risiko einzugehen steht nicht dafür. Ich glaube, dass diese Entscheidung ganz wichtig war, diese Gründe zu kaufen. Es gehört natürlich auch noch dazu gesagt, dass wir nicht die ganzen 20 Mio. selbst aufbringen müssen, sondern dass es ein Kauf gemeinsam mit dem Land OÖ war, wo wir rund 9 oder 10 Mio. Schilling refundiert bekommen. Ich weiß es jetzt nicht, ob das Geld schon bei uns in der Kassa eingetroffen ist, aber es gibt konkrete Zusagen. Es war in Wirklichkeit für die Bedeutung und Wichtigkeit keine überzogene Investition. Das Reithoffer-Areal, na das hätte ich mir angeschaut, wenn wir gesagt hätten wir kaufen es nicht, was dann für eine Debatte im nächsten oder übernächsten Jahr stattgefunden hätte, wenn irgendeiner das Grundstück dort gekauft hätte und eine Entwicklung stattfindet, die nicht im Interesse der Stadt ist. Dass das auch im Zuge des Kaufes mit den Wohnungen von Magna einhergegangen ist, das muss man auch dazu sagen. Man darf das nicht einfach isoliert betrachten. Wir hätten uns das nicht aussuchen können und sagen, wir kaufen nur die Wohnungen und das Reithoffer-Areal nicht. Das hat es nicht gespielt. Es ist ein Paket gewesen, dass uns zum Verkauf angeboten worden ist. Ich glaube auch, dass das auch wichtig war für die Stadt, dass wir erstens die Wohnungen gekauft haben, dass die in das Eigentum der GWG gehen und zweitens, dass wir das Reithoffer-Areal erworben haben, wo auch die zukünftige Entwicklung für die Stadt eine dementsprechende Bedeutung haben wird. Da muss man natürlich, so wie es in einer Bilanz ist, lieber Roman, auch das Anlagevermögen ins Verhältnis setzen. Der Wert für die Stadt ist auch gestiegen. Nicht nur, dass der Schuldenstand gestiegen ist, auch der Wert den wir als Stadt damit erworben haben ist im selben Ausmaß gestiegen. Das sind schon sinnvolle, zukünftige Investitionen.

Zum Wirtschaftshof-Areal-Verkauf, da haben wir ja eh schon, oder wie zum Nachlesen war, was wir nicht an Liegenschaften udgl. verkaufen sollen. Wir verkaufen schon 20 Mal den Wirtschaftshof in der öffentlichen Diskussion. Wir haben uns eh entschieden, dass der Wirtschaftshof verkauft werden soll, also das Areal des Wirtschaftshofes verkauft wird. Das ist ja auch nicht neu, Frau Kollegin Frech, ich

glaube, sie müssten sogar im Gemeinderat gewesen sein, wie die Raika dieses Projekt im Kreise der Fraktionsvorsitzenden vor einigen Jahren präsentiert hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Mir ist es um jetzt gegangen. Aktueller Stand!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist der aktuelle Stand, dass die Raika ihr Projekt, wo sie ja relativ viel investiert hat, an Vorleistungen in der Planung und die Raika nach wie vor das große Interesse hat, dieses Projekt zu realisieren und wir damals, also ich glaube, dass das jetzt mittlerweile 4, 5 Jahre aus ist, wo wir gesagt haben, okay, das können wir uns vorstellen und in diese Richtung soll es gehen und das wollen wir machen. Es hat sich das Ganze halt verzögert, aber das Projekt soll in dieser Form auch realisiert werden.

Zu den Übertragungen, der Kollege Hackl hat es eh gesagt, die soll man jetzt nicht so darstellen als ob wir da irgendetwas Unsittliches betrieben hätten oder beschlossen hätten. Das machen wir jedes Jahr. Seit du im Gemeinderat sitzt, lieber Roman, du bist ja der Älteste an Dienstjahren im Gemeinderat, gibt es diese Übertragungen und vorher hat es diese Übertragungen auch gegeben und in Zukunft wird es diese Übertragungen auch geben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das hab ich ja eh gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

In Zukunft wird es diese Übertragungen auch geben, weil halt bei so einem Investitionsvolumen wie wir es haben oder bei den Projekten die halt nicht bis zum 31. Dezember abgerechnet sind und fertig sind. Also das zieht sich halt in das andere Jahr hinein. Es werden immer wieder andere Projekte übertragen werden in das nächste Jahr. Das ist nicht, dass wir da nicht budgetkonform gehen würden, sondern wir liegen da genau auf der Budgetlinie. Die Abweichung, jetzt im Nachtragsvoranschlag zum Budget, sind eigentlich, bis auf die paar großen Dinge, relativ geringe Ansätze. Entscheidend, das weißt du ja ganz genau, ist ja nicht der Nachtragsvoranschlag, wie der jetzt ausschaut, sondern Entscheidend wird der Rechnungsabschluss den wir im März ungefähr beschließen werden. Dort kannst du Kritik anbringen und sagen, haben wir dem Budget entsprechend gewirtschaftet und gearbeitet oder haben wir gewaltige Abweichungen. Dort schaut die Welt anders aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr StR Mayrhofer. Bitte sehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, Theaterdonner. Ich glaube, als das kann man das Ganze bezeichnen. Worum geht es da heute? Heute geht es darum, den Nachtragsvoranschlag zu beschließen. D. h., im Prinzip die Rechtmäßigkeit der getätigten Maßnahmen. Ich glaube, die zweifelt ja niemand an. Wenn von 22 Maßnahmen 16 Übertragungen aus dem Vorjahr sind, dann heißt das überhaupt nichts anderes, als wie, dass wir im vorigen Jahr z. B. Bauvorhaben oder Investitionen nicht bezahlt haben oder noch nicht getätigt haben. Sie wurden also voriges Jahr nicht ausgegeben und werden heuer ausgegeben. Das ist eine ganz natürliche Geschichte. Vom wirtschaftlichen gesehen natürlich zu begrüßen. Wir zahlen später, wir zahlen weniger Zinsen, also der Fall ist für mich klar und in Ordnung. Der einzige große Brocken der herausfällt ist der Grundkauf Reithofer-Areal. Ich bin sehr froh, dass die Stadt nach wie vor die Kraft hat, dass man sich solche Objekte, wenn sie sich anbieten, erwirbt. Ich gehe mit Sicherheit auch in Zukunft diesen Weg mit, wenn etwas da ist, egal ob wir jetzt Schulden haben oder nicht, wenn es für die weitere Entwicklung der Stadt wichtig ist, dann sollen wir das kaufen und dann sollen wir das auch erwerben. Bedenklich würde es dann werden, wenn wir nicht mehr die Kraft haben, das wirklich zu erwerben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Die haben wir ja jetzt schon nicht mehr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Herr Eichhübl, dann haben sie die ganze Geschichte anscheinend nicht genau gelesen. Der einzige Punkt der mir da ein bisschen weh tut, der wäre einzusparen gewesen, das ist die Röntgenanlage,

weil die ist für mich, Entschuldigung, wirklich nicht notwendig. Also, das mit einem Vertrag an bestehende Institute zu vergeben, wäre die weitaus bessere Geschichte gewesen, vor allem dann wenn ich weiß, derzeit haben wir eine einzige Kraft, die die Anlage noch betreuen kann, weil die anderen eh weggegangen sind oder in eine andere Abteilung gewechselt sind. Alle anderen Mehrausgaben, es sind eh nur drei die da passiert sind, effektive, werden locker gedeckt durch die Minderausgaben die wir haben im außerordentlichen Bereich. Bei den Einnahmen im ordentlichen Haushalt ist glaube ich schon noch zu bemerken, dass eben die Anteile vom Land, aber auch die Kommunalsteuer, weil ein Vorredner gesagt hat die Steuereinnahmen sinken. Die Kommunalsteuer ist bitte schön um immerhin 0,4 Mio. gestiegen. D. h., die Schätzung ist Gott sei Dank zu vorsichtig geschätzt worden. Jetzt können wir wirklich diskutieren, ob das nicht sogar positiv von unserem Finanzdirektor ist, dass er halt sehr vorsichtig und restriktiv in die Geschichte hineingeht. Wir wissen es. Wir werden auch beim Rechnungsabschluss heuer wieder einige Dinge drinnen haben, die nicht heuer bezahlt werden, damit ein besseres Ergebnis darstellen können und dafür haben wir halt im nächsten Jahr Mehrausgaben drinnen. Aber das ist ein ganz natürlicher Weg.

Was ich aber nicht verhehlen möchte ist ganz einfach die Tendenz. Ich bin zwar nicht beim Kollegen Eichhübl, dass ich meine, dass die Situation derzeit prekär ist. Den Rücklagenstand, der natürlich gesunken ist, aber in dem Fall wo ich Darlehen habe, ist es eine ganz klare Sache des Abwägens, wo verdiene ich mehr, in der Veranlagung oder wenn ich Zinsen bezahlen muss. Aber die Darlehen, okay, wenn ich die Rücklagen abziehe habe ich 62.000,--. Das ist natürlich, jetzt können wir darüber streiten, es ist hoch, überhaupt keine Frage, wir müssen dafür Zinsen bezahlen, aber bedenklich Herr Eichhübl, als bedenklich würde ich es noch nicht einstufen. Nur die Tendenz ist das. Darum bin ich wirklich der Meinung, dass wir auch heuer beim Budget sehr vorsichtig vorgehen müssen, was können wir uns leisten, was wollen wir uns leisten. Für mich gibt es keine heilige Kuh. D. h., auch zu sagen in dem Bereich sind Einsparungen nicht möglich, da bin ich der Meinung sollte man hinterfragen ob nicht in jedem Bereich auch Einsparungen möglich sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Mayrhofer. Nächster ist der Kollege Payrleithner.

GR Walter Gabath kommt um 14.50 Uhr in die Sitzung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die enormen, zusätzlichen Ausgaben damit zu begründen, dass langfristig geplante Projekte endlich umgesetzt wurden, wie die Stadthalle und das APM, ich glaube, das ist ein bisschen unrealistisch und vor allem ein bisschen unehrlich. Ich hoffe, wenn die angekündigte Statutenreform im Land beschlossen wird, nämlich, dass Finanzkonzepte erstellt werden müssen, bindend für die Gemeinden und die Statutarstädte in Zukunft, dann werden diese Debatten hoffentlich der Vergangenheit angehören, weil ich nehme an, dass es dann ordentliche Planungen gibt, ob Projekte die jahrelang geplant sind in den Budgets berücksichtigt werden müssen und dann nicht im Nachhinein wieder zur Diskussion anstehen. Ich glaube, so sollte auch der Vorgang in Zukunft sein und er wäre auch meiner Meinung nach so richtig gewesen. Auf der anderen Seite der Ankauf der Unterhimmel Au, weil das heute so ein bisschen vom Fraktionsobmann dargestellt worden ist, na ja, man kann eh machen was man will und wir waren sowieso immer dagegen. Bitte, wenn man dieser Denkweise folgen müsste, dann müssen wir alles in Steyr zusammenkaufen, weil man weiß ja nie, was damit geschieht. Da müssen wir als nächstes gleich die Reder-Insel kaufen und die ganzen Inseln und Grünflächen, weil man weiß ja nie, was die privaten Grundbesitzer mit diesen Grünflächen in Steyr vor haben. Bei der Gelegenheit wäre es einmal ganz interessant zu wissen, was machen wir jetzt mit diesem Potenzial da draußen? 6,5 Mio. Euro sind kein Pappenstiel gewesen. Wir haben damals zu Recht diese Dinge kritisiert. Jetzt ist das doch schon wieder einige Zeit her, war ein gewaltiger Budgetbrocken, aber schön langsam muss sich die Stadt auch überlegen, was wir mit diesem großen Kapital, wertvollste Gründe mitten in der Stadt, machen. Ich habe bis jetzt da eigentlich keine großen Ankündigungen oder Pläne gehört.

Weil der Wirtschaftshof zum was weiß ich wievielten Mal heute diskutiert worden ist. Wir haben ja das neben anderen Projekten wiederholt gefordert, dass man Projekte die man in der Stadt nicht braucht, verkauft bzw. haben wir seinerzeit auch darüber hinausgehend eine Liste jener Häuser, Immobilien, Liegenschaften usw. verlangt, von denen sich die Stadt unter Umständen trennen kann, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Beim Wirtschaftshof ist es meines Wissens derzeit so, dass es ja eine Bauverhandlung für die Produktionsschule gegeben hat und ich bin ja froh, und wir haben das auch immer gefordert, dass der Wirtschaftshof jetzt endlich verkauft wird. Also, irgendwo ist es dann doch

wieder nicht recht.

Zwischenruf: Dann müssen wir jetzt eine Produktionsschule machen.

Zwischenruf: Das wäre einmal ein Ansatz.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Die Produktionsschule ist ja nur ein kleiner Teil von dem Ganzen und hat eigentlich mit den Planungsaktivitäten da unten nichts zu tun. Es wäre ja interessant und es wäre ein Thema für den Baustadtrat, dem interessanterweise heute auf einmal die Schulden vollkommen egal sind, das ist auch eine komische politische Entwicklung, die der Kollege Mayrhofer da durchmacht, es wäre interessant, das im Bauausschuss vorzulegen wie es dort weiter geht, weil wenn die Frau Frech heute hier behauptet, und das ist ja nicht irgendein Gremium, das ist ja immerhin eine öffentliche GR-Sitzung, wo ja Gott sei Dank immer Medien anwesend sind, dass dort jetzt angeblich 4- und 5-geschossige Häuser gebaut werden ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Mehr als zweigeschossig, habe ich gesagt!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Was ist mehr als zweigeschossig?

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

... dann wäre es schon interessant Herr Baustadtrat, ob das jetzt stimmt oder nicht. Im Sommer lebe ich auch dort unten, zumindest auf 2 ½ tausend Quadratmetern, und es würde mich schon interessieren, ob jetzt neben mir 3- oder 4-geschossige Häuser hingebaut werden. Da muss ich mir auch überlegen, ob ich nicht dort vielleicht wegziehe. Es wäre wirklich ganz interessant. Es ist bis jetzt nirgends so vorgekommen. Wenn die Raika dort hoffentlich bald kauft, plant, das ist eine ehrliche Wohngegend, bedarf an qualifiziertem Wohnbau ist ja in Steyr gegeben, dann wäre das für den hohen Gemeinderat schon interessant, was sich dort jetzt wirklich abspielt oder bleibt das jetzt nur so im Raum stehen. Es wäre vielleicht ganz interessant, weil du hast bisher nur über die Schulden gesprochen, die dir inzwischen egal sind, was sich in dieser Angelegenheit dort abspielt. Die Wahrheit liegt ja bekanntlich meistens in der Mitte. Im Grunde genommen hat die Regierung ja nur das gemacht, was die SPÖ immer verlangt hat, nämlich eine Steuersenkung. Jetzt hat sie es gemacht, ist es auch wieder nicht recht, weil die Gemeinden weniger Geld haben. Es ist eh vollkommen egal was gemacht wird. Der Bund ist schuld ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bei wem eine Steuersenkung?, lieber Hans Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist von euch jahrelang gefordert worden.

Lieber Freund, das ist die größte Steuerreform die es für die Arbeitnehmer jemals gegeben hat.

Gelächter

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, der Kollege Apfelthaler ist der Nächste.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, wenigstens kommt ein bisschen eine Gaudi im

Gemeinderat auf. Aufgrund des Nachtragsvoranschlages ist ja das eher noch nicht so prognostizierbar. Aber zu der größten Steuerreform, ja, zu Ungunsten all jener die eigentlich mittelmäßig bis gar nichts verdienen. Ich denke mir, dort wo das meiste Geld zu haben ist, dort haben sie es nämlich heruntergeschnitten und heruntergeschnitten und dann geht die Regierung her, was ist der Effekt daraus, dann müssen wir noch mehr sparen und noch mehr sparen und noch mehr ausgliedern. Also, diese Spirale dreht sich ja europaweit in den Erdboden. Es ist auch die Frage, ob das so weitergehen soll. Ein bisschen ein Niederschlag findet es ja auch im Nachtragsvoranschlag obwohl er, sage ich jetzt einmal, was so die Ertragsanteile anbelangt, noch nicht so schrecklich ausgefallen ist in manchen Dingen. Aber vielleicht schauen wir uns das einmal genauer an. Es ist ja schon sehr viel darüber gesprochen worden. Es ist irgendwie auch klar, dass alle jene die das Budget voriges Jahr beschlossen haben das halt nicht so kritisch sehen und alle jene die voriges Jahr gesagt haben das wird sich vielleicht doch nicht ausgehen, ja irgendwie auch eine Bestätigung darin gefunden haben. In Wahrheit ist ja der Nachtragsvoranschlag schon eine spannende Materie, aber noch spannender ist ja der Rechnungsabschluss, wo wir alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass uns der eher weniger interessiert, weil den nehmen wir halt zur Kenntnis oder nicht. Aber es ist schon ein deutlicher Hinweis darauf, wie wir in manchen Bereichen manchmal ins Schleudern kommen. Natürlich kann man alle jene Projekte die wir übertragen haben aus dem irgendwie herausnehmen und sagen, Freunde, das haben wir eh einmal beschlossen usw. und so fort. Nichtsdestotrotz müssen wir es trotzdem fortführen und trotzdem finanziell bedecken im Budget. Man kann nicht sagen, was weiß ich, das oder das dürfen wir nicht dazuzählen oder so. Das müssen wir trotzdem dazuzählen. Wenn man so drüber geht, fällt mir schon einiges auf, wenn man sich nur den ordentlichen Haushalt anschaut, der ja mit ungefähr einer Variation von 7 bis 8 % ja ein bisschen anders liegt als prognostiziert. Da gibt es ein paar Dinge drinnen, die irgendwie erstaunlich sind und die ja bei oberflächlicher Betrachtung z. B. bei den Vertretungskörpern und der allgemeinen Verwaltung, dort haben wir ein Plus von 731.000,-- Euro. Da freut man sich ein bisschen und sagt, na ja, gut verwaltet. Im Prinzip, wenn man dann genauer hineinschaut, merkt man, dass sich bei den Pensionen einiges verändert hat, dass dort das meiste Geld herausgekommen ist. Was haben wir noch drinnen? Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit einem Minus von fast einer Million. Wenn man dann nachschaut was gehört alles zu dieser Gruppe hinein, dann kommt man drauf, dass wir viele Dinge gemacht haben, und ich sage es jetzt bewusst, sicherlich nicht schlecht, nur gewusst haben wir es schon vorher, dass wir gerade bei den Schulen, lieber Vizebürgermeister Bremm, einen immensen Nachholbedarf gehabt haben, den wir halt im heurigen Jahr versucht haben irgendwie aufzufangen. Aber es ist fast ein Fass ohne Boden, weil wir schon seit Jahren darauf hinweisen, dass in den Schulen unbedingt was notwendig ist. Aber es ist nur ein Bereich. Einen Vorwurf daraus zu machen ist insofern, da kann man höchstens sagen, ihr habt es nicht budgetiert, jetzt machen wir euch deswegen einen Vorwurf. Eigentlich bin ich ja froh, dass es passiert ist, darum auch ein bisschen so die Kehrseite der Medaille, wenn man sagt, um Gottes Willen, so viel Abgang ect. Es ist passiert, aber es ist noch lange nicht alles passiert und es wird uns wahrscheinlich nicht erspart bleiben. Was auch irgendwie, aber es liegt in der Natur der Sache, ungefähr 200.000,-- minus in Kunst, Kultur und Kultus. Soziale Wohlfahrt, da werden wir uns ja noch heftig beschäftigen müssen wahrscheinlich. Interessant ist auch, und das zieht sich wie in roter Faden durch die ganze Budgetgestaltung. Im Grunde genommen gehen die Beamten und Beamtinnen her und machen einen Budgetvorschlag. Die Politik schaut sich das an, geht drüber. Der oberste Finanzier da herinnen macht Vorverhandlungen und die Politik bekommt sozusagen das Endprodukt. Dann kommt man drauf, dass wir einen immensen Abgang bei den Heimen ect. haben. Das ist aber was, wo ich mir denke, die Tendenz haben wir schon vor zwei, drei Jahren gespürt. Komischerweise war es nie im Budget drinnen. Ich weiß nicht, ist das ein Angstverhalten oder sonst was? Das tut uns finanziell weh, das ist ganz klar, aber das sind unbedingt Ausgaben die wir tätigen müssen. Dass wir dort einen Abgang von fast 611.000,-- Euro haben, das kommt nicht von ungefähr. Aber das ist für mich auch symptomatisch, dass so die Schere zwischen Politik und Verwaltung, dass das irgendwie auseinander geht, weil unsere Fachkräfte im Haus hätten ja eigentlich schon die Kompetenz dazu, sage ich jetzt einmal, bestimmte Tendenzen in der Gemeinde abzulesen. So, und die Politik sagt dann, na, das ist anscheinend dann doch nicht so. Aber wie gesagt, im Rechnungsabschluss lesen wir es dann 1:1 drinnen. Nur im Budget 2005, das ja politischen Strömungen und Beeinflussungen unterworfen ist, da kommt man dann beim Nachtragsvoranschlag drauf, ach so, die Abteilung hat ja anscheinend doch Recht behalten in ihrer Prognose, nur bedacht haben wir es nicht im Budget. So, was fällt mir noch auf. Finanzwirtschaft. Das ist recht interessant, da haben wir ein Plus von fast einer Million. Natürlich, das habe ich eh schon gesagt, was die Ertragsanteile anbelangt, liegen wir doch nicht unbedingt so schlecht bzw. haben wir bestimmte Zahlungen einfach auch nicht leisten müssen. Was mir sehr taugt, ist bei den Dienstleistungen, da haben wir sogar ein Plus von zwar marginalen 6.100,--, aber da stimmen die Ein- und Ausgaben im ordentlichen Budget anscheinend überein, was mir auch insofern taugt, weil man ja auch schon diverse Liberalisierungstendenzen in

den Gazetten lesen konnte. Die Lust sozusagen bestimmte kommunale Leistungen auszugliedern, weil sie könnten ja eine Cashcow sein, haben international wirklich immer noch den gleichen Effekt erzielt, sie haben nämlich im Grunde genommen gar nichts gebracht. Volkswirtschaftlich haben sie gar nichts gebracht. Was noch negativ dabei ist, sie haben der Politik sozusagen die Gestaltungsmöglichkeit entzogen und was uns dann bleibt ist im Grunde genommen das Soziale, das Armenhaus. Über das dürfen wir dann landauf und landab bestimmen wie es damit weiter gehen soll. Aber alles andere was zu einer Daseinsvorsorge – so heißt es in Deutschland draußen – dazu gehört, das haben wir abgelegt mit dem Effekt, dass wir gar keinen Einfluss mehr darauf haben. Gerade bei den Dienstleistungen fällt mir das besonders auf, weil da gibt es ja auch schon die eine oder andere Vorstellung, dass man das ja viel besser über einen Privaten ect. machen könnten. Um noch einmal zurückzukommen auf die Prognose, weil das kommt ja nicht von ungefähr, dass da schon eine Tendenz spürbar ist. Die ist da herinnen schon spürbar. Wie möge sich denn das Jahr 2005 gestalten? Weil angefangen haben wir schon 2003 wo wir schon ein bisschen was gespürt haben. Dann haben wir noch in irgendeiner Weise gehofft auf das Finanzausgleichsgesetz und auf die Verhandlungen. Dann haben wir gesehen, dass das doch nicht so toll läuft. Eigentlich muss ich einen Appell da herinnen auch von mir geben. Im Grunde genommen werden die Ausschüsse unter ihrem Wert geschlagen. Wir müssten hergehen, wenn z. B. der Kollege StR Mayrhofer sagt, was weiß ich, die Straßen sind katastrophal und so, das ist alle Jahre im Grunde genommen das Gleiche. Er hat natürlich Recht. Andererseits muss ich auch sagen, wann haben wir je im Ausschuss darüber Beschluss gefasst, dass wir eine bestimmte Produktpalette nächstes Jahr unbedingt im Budget haben wollen. Oder Kulturausschuss, dass man schaut, ein gewisses Kulturprogramm über die Jahre zu determinieren und damit auch die finanziellen Dinge zu sehen die da in Zukunft zu leisten sind. Ich weiß ja nicht, wie lange wir schon herumnudeln an dem Kulturprogramm ect.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Engelbert Lengauer

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Gaudi ist es halt keine – wie der Kollege Eichhübl sagt – obwohl ich ihnen ja gar nicht Unrecht geben muss Herr Kollege Lengauer. Ein Umweltausschuss, was weiß ich, was mit unserem Klimabündnis passiert, das liegt im Nebulosen, weil der letzte Umweltausschuss der am Montag stattfinden hätte sollen, ist abgesagt worden und und und.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der ist verschoben worden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber abgesagt ist abgesagt. Der lapidare Satz, ja, den werden wir schon irgendwann einmal machen, das ist ja für mich auch ...

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich möchte noch einmal darauf zurück kommen, was ist denn bitte mit dem Sozialausschuss? Haben wir keine Probleme im Sozialbereich, dass wir darüber nicht tiefstschürfend nachdenken, wie wir uns in Zukunft entwickeln sollen? Nein, der fällt aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der ist verschoben worden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Genau das ist es. Wir schieben und schieben und schieben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wenn ich mir den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss anschau und wenn ich mir nur den ersten Zettel den wir im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zum Budget 2005 bekommen haben anschau, dann fehlt eine wichtige Zeile. Nämlich, die Vorgaben des Finanzreferenten. Die Vorgaben des Finanzreferenten gibt es nicht. Bei der ersten Sitzung wo wir die Budgetvorschau gesehen haben, wo ich dann gesagt habe, liebe Freunde und Freundinnen, wäre es nicht gescheit, wenn wir uns jetzt schon einmal überlegen würden, wie wir überhaupt das Wahnsinnsbudget 2005 erarbeiten sollen? Da ist eigentlich lapidar darüber gesagt worden, beraten einmal darüber in der

Fraktion. Puh! Wenn ich mir jetzt anschau, wie die hektischen Verhandlungen um das Budget 2005 stattfinden, dann denke ich mir schieben, schieben, schieben und schieben. Fünf Minuten nach 12 Uhr ist es im Grunde genommen. Mit der Vehemenz mit der das betrieben wird, weiß ich nicht, wie das Budget 2005 zustande kommen soll und das wirft halt auch wiederum ein bezeichnendes Licht. Entweder man geht her und beschließt das und das wäre ja demokratiepolitisch möglich in Steyr. Eine Fraktion beschließt das einfach, nimmt das auf ihre Kappe und sagt, zu was sind wir denn gewählt worden. Oder, sämtliche Fraktionen in diesem Haus machen sich angesichts des Budgets 2005, und da sehe ich auch schon einen wichtigen Hinweis im Nachtragsvoranschlag, wirklich einmal gemeinsame Gedanken, wie es mit dieser Stadt weitergehen soll. Ich denke mir, es nützt nichts, wenn man viel Schön redet oder abgrundtief verteufelt. Letzten Endes betrifft es eigentlich uns alle da. Mein Aufruf, vor allen Dingen an alle die Ausschüssen vorsitzen, lasst ein bisschen mehr Demokratie einfließen, setzen wir uns ein bisschen mehr mit der Problematik auseinander und fassen wir vielleicht ein bisschen mehr konkrete Beschlüsse auch in finanzieller Hinsicht. Was die Finanzverhandlungen für das Jahr 2005 anbelangt, bin ich schon sehr, sehr neugierig, wie denn das überhaupt im Grunde genommen zustande kommt, wenn man mit einer gewissen Entschleunigung an dieses Problem herangeht. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Bürgermeister bitte das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Budget 2005 haben wir jetzt relativ viel diskutiert. Natürlich ist das Budget 2005 kein einfaches Budget und es wird auch nicht leicht sein. Aber mir vorzuwerfen, dass man da ein bisschen mehr Demokratie einfließen lassen sollte, da verwehre ich mich schon ganz heftig. Ich versuche wirklich und ehrlich mit jeder Fraktion die entsprechenden Gespräche zu führen. Wir werden auch versuchen, einmal ein gemeinsames Gespräch kurz vor der Budget-Gemeinderatssitzung zu führen. Also, ich bemühe mich wirklich sehr, dass jeder seine Vorstellungen in das Budget 2005 einbringt.

Jetzt vielleicht zum Nachtragsvoranschlag 2004 und das ist eigentlich das Wesentliche. Eine Frage ist glaube ich noch komplett offen. Die Michaela hat gefragt wegen der Produktionsschule, diese Verdoppelung. Ich habe mich noch einmal erkundigt, der Finanzdirektor hat gesagt, es ist nicht hineingeschrieben, es ist auch eine Übertragung und es ist deswegen richtig zu stellen. Zu den vielen Käufen die wir in der Vergangenheit gemacht haben, wie der Roman Eichhübl sagt, und wie er sagt, ich habe das sehr gelassen getragen. Es ist natürlich für mich nicht so gewesen, dass ich das alles so gelassen hinnehme, sondern dass mir das natürlich sehr große Kopfzerbrechen macht, was haben wir denn für die Zukunft anders zu gestalten, damit wir ein Budget beschließen können das ausgeglichen ist. Dazu ist es sicher notwendig, dass wir auch in Zukunft wesentlich strukturierter vorgehen. Das können wir natürlich in der kurzen Zeit bis zur nächsten Budgetsitzung nicht so machen, dass wir sagen jetzt machen wir einmal eine große Expertenrunde oder wir machen einmal einen Verbesserungsprozess oder einen Strukturverbesserungsprozess in der kurzen Zeit. Aber es wird in nächster Zeit mit Sicherheit notwendig sein, dass wir auf ganz bestimmte Schwerpunkte, wie wir es auch in der Vergangenheit schon gemacht haben, wie z. B. im Sozialbereich, bei den Heimeinweisungen haben ich es vor kurzem einmal mit den Betroffenen durchdiskutiert und wir werden auch in anderen Bereichen in Zukunft so vorgehen, dass wir entsprechende Maßnahmenpakete schnüren werden, dass wir entsprechend einer Projektabwicklung das Ganze dann weiterbetreiben werden. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben. Wir müssen strukturelle Veränderungen auch vornehmen und da zwingt uns die Situation dazu. Eine Situation übrigens die natürlich hervorgerufen wird durch Festlegungen von Bundesregierung und Landesregierung. Das muss man auch ganz klar sagen. Meine Meinung ist ja, dass eine Steuerreform natürlich dazu führen sollte, dass sich die Allgemeinheit in einer besseren Verfassung befindet, d. h., dass der Einzelne mehr Geld zum Ausgeben hätte und nicht nur, dass die großen Unternehmen viel mehr Geld zum Ausgeben haben. Das würde sich nämlich bemerkbar machen auch in den Einnahmen. Zurzeit merke ich von der Steuerreform die von der Bundesregierung beschlossen worden ist noch nichts bzw. sehr, sehr wenig. Ich hoffe, dass sich die Entwicklung in den nächsten Jahren ändert. Ich war ja die letzten drei Tage mit dem LH Pühringer unterwegs und der hat mir mehr oder weniger zugesichert, wenn es uns jetzt so schlecht geht, und ich habe ihm auch die Finanzlage der Stadt Steyr ein bisschen näher gebracht, dann wird sich das sicher in den nächsten Jahren ändern. Ich hoffe, das läuft so. Die Steuerreform, das muss man auch ganz klar sagen, wirkt nicht von heute auf morgen, sondern die wird in den nächsten Jahren wirksam werden. Dass wir im internationalen Wettbewerb stehen, ist

auch klar und dass wir die Zeit abwarten müssen, ich freue mich schon darauf, wenn wir 2007, 2008 dann so große Ertragsanteile, Steigerungen bekommen, dass das was wir als Defizit bauen in der nächsten Zeit dann wieder ausgeglichen werden kann. Ich traue dieser Situation nicht ganz.

Zwischenruf: Was so ein Friedenslicht alles ausmacht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das wollte ich zum Thema Nachtragsvoranschlag noch anmerken. Ich bitte jetzt um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP. Ist jemand dagegen? Grüne, FPÖ, Bürgerforum Frech. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, eine Frage ist noch immer offen: „Wird der Wirtschaftshof noch vor Jahresende verkauft?“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Michaela, das ist so. Ich habe den Auftrag gegeben, den Wirtschaftshof möglichst schnell zu verkaufen. Ich weiß, dass die Verhandlungen noch laufen, dass das noch nicht abgeschlossen ist, wir sind noch mitten drinnen. Aber das wird so schnell als möglich passieren. Das ist ja auch mein größtes Interesse, dass dort etwas Vernünftiges gemacht wird und dass wir dort auch Gelder einnehmen. Genauso wie bei der Unterhimmler Au. Deine Vorschläge, Roman, sind ja alle interessant, aber die sind eigentlich schon alle auf Schiene. Wir bekommen für die Unterhimmler Au das Geld, wir bekommen für den Schlüsselhof das Geld. Das dauert halt noch die nächsten Monate und dann wird das auch über die Bühne sein. Ich bin auch ganz überzeugt, dass die Gründe, die wir vom Magna-Konzern gekauft haben, ich sage einmal ein sehr guter Griff, wenn ich nicht sage Goldgriff, aber ein sehr guter Griff gewesen sind und dass das in Zukunft mit Sicherheit eine Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Steyr ist. Ich bin ganz überzeugt, dass diese Investitionen, die wir in den vergangenen beiden Jahren getätigt haben, sehr gute Investitionen waren, die sich langfristig lohnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, jetzt kommen wir zum nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kommen zu meinem zweiten Punkt. Das ist das Thema Projekt Steyr 2010. Im Rahmen des Projektes Steyr 2010 wurde ein Schwerpunkt „Automotive“ festgelegt. Wir erhoffen uns, dass wir mit diesem Projekt 2010 die künftige Standortentwicklung in Steyr verbessern können. Es gibt ein konkretes EU-Projekt zu diesem Thema, ein K-TASS-Projekt, das sind Key Technologies für die Automotive Regionen Steyr. Wir wollen für dieses Projekt 25.000,-- Euro ausgeben. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Projekt, bei dem es sich um ein Thema handelt, wo vier verschiedene europäische Nationen mitarbeiten. Es wird Stuttgart dabei sein, es wird ein ungarisches Institut dabei sein und die Lombardei und wie gesagt auch unser Bereich. Das TIC Steyr wird dort die Projektleitung haben.

2) Fin-222/04 Projekt Steyr 2010 – Automotive.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 1. Oktober 2004 werden zur Finanzierung des EU-Projektes K-TASS Fördermittel in Höhe von Euro 25.000,-- genehmigt, wobei im Finanzjahr 2004 ein Betrag in Höhe von Euro 10.400,-- und im Finanzjahr 2005 ein Betrag von Euro 14.600,-- aus der VAST. 5/782000/775010 freigegeben wird. Die Auftragserteilung hat an die TIC GmbH als Antragsteller zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im nächsten Punkt geht es um die Fachhochschule, Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebs an Fachhochschul-Studiengängen in OÖ, Abschluss einer Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ-Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr. Bei dieser Fördervereinbarung geht es um Beträge die pro Studierenden und pro Studienjahr in der Zukunft bis zu einem Betrag von 475,-- Euro betragen werden. Es gibt einen ganz bestimmten Stichtag der zum 15. 11. sein wird und wo wir ganz bestimmte Förderbeträge für die Finanzierung des Studienbetriebes zahlen werden. Dieser ganzen Vereinbarung ist eine sehr lange Diskussion vorausgegangen, weil ich ja diese Fördervereinbarung auch damit verquickt habe, dass ich entsprechende Leistungen auch von der Fachhochschule bekomme. Unter anderem das Thema Parkmöglichkeiten für die neue Fachhochschule. Auch hier sind wir noch nicht ganz am Ende. Wir werden diese Parkplätze hoffentlich in den nächsten Monaten sicherstellen können. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Fördervertrag.

3) Fin-229/03 Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebes an Fachhochschul-Studiengängen in Oberösterreich; Abschluss einer Fördervereinbarung zwischen der Fachhochschulen OÖ-Studienbetriebs GmbH/FH-Studiengänge Steyr und der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 4. November 2004 wird dem Abschluss eines Vertrages zur Gewährung von Förderbeiträgen zur Finanzierung des Studienbetriebes am Fachhochschul-Standort Steyr zwischen der Stadt Steyr und der Fachhochschulen OÖ Studienbetriebs GmbH zugestimmt. Zu diesem Zweck hat die Stadt Steyr den in der Beilage beigeschlossenen Vertrag, mit welchem die Stadt der Fachhochschulen OÖ Studienbetriebs GmbH für die Jahre 2002 bis 2010 Förderbeiträge gewährt, abzuschließen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung für den Herrn Franz Johann Schützenhofer. Es geht hier um 3.000 m² wo Grünland in Betriebsbaugelände umgewandelt werden soll. Diese Umwidmung entspricht den Planungszielen der Stadt Steyr und entspricht auch dem gegenständlichen Flächenwidmungsplan und ist im öffentlichen Interesse. Ich bitte dieser Flächenwidmungsplanänderung zuzustimmen.

4) BauGru-8/04 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.11; Franz Johann Schützenhofer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.11 – Franz Johann Schützenhofer – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 28. 1. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 14. 10. 2004 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es ebenfalls um eine Flächenwidmungsplanänderung. Und zwar geht es hier um die Dauerkleingartenanlage in Münchenholz. Die Vertreter dieser Dauerkleingartenanlage waren bei mir und haben mich gebeten diese Umwidmung voranzutreiben,

weil es eigentlich ein Rückstand ist. Wir haben dort die entsprechenden Widmungen noch nicht und die sind unbedingt nachzuholen. Es geht hier um 7.000 m². Es ist abgestimmt mit dem Land OÖ und mit den Kleingartenvereinen und soll umgewandelt werden in eine Dauerkleingartenanlage. Ich bitte dieser Umwidmung zuzustimmen.

5) BauGru-29/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2; Änderung Nr. 10; Dauerkleingartenanlage Munichholz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 10 – Dauerkleingartenanlage Munichholz – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 1. 3. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 19. 10. 2004 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem nächsten Antrag geht es wieder um einen Flächenwidmungsplan und zwar um die Nr. 2. Die Firma Hofer möchte die Verkaufsfläche auf 850 m² erhöhen und dieser Erhöhung würden wir zustimmen. Ich bitte auch dieser Flächenwidmungsplanänderung zuzustimmen.

6) BauGru-10/04 Flächenwidmungsplan Nr. 2, Hofer KG; Änderung Nr. 12.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 12 – Hofer KG – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 28. 1. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 2. 9. 2004 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Gesetzgeber hat als Schutz für die Nahversorger, für die kleinen und mittleren Betriebe eine Obergrenze für Flächen bei Lebensmittelgeschäften eingezogen. D. h., die liegt bei 600 Meter. Eine Erhöhung darüber sollte nur in Ausnahmefällen und wenn zwingende Gründe vorgesehen sind gegeben werden. In diesem konkreten Fall ist mir kein einziger Grund bekannt, warum man wirklich diese Erweiterung machen sollte. Noch dazu wo wir ein paar Jahre vorher bei einem anderen Antragsteller das auch abgelehnt hat. 850 m² für einen Teildiskonter, Teilsortimentsdiskonter, Hofer führt kein Vollwarensortiment. Die Fachabteilung schreibt hier: „Laut Stellungnahme der Fachabteilung für Stadtentwicklung erscheint das öffentliche Interesse durch die Schaffung eines möglichst großen breitgefächerten Warenangebotes als gegeben.“ Ein breites Warenangebot führt dieser Diskonter nicht. Hier geht es nur darum eine andere Warenpräsentation zu machen im noch einen größeren Rahmen. D. h., es gibt in diesem Wohngebiet Nahversorger, insgesamt 5 in diesem Bereich, und es führt zu einer effektiven Verschlechterung der Situation für diese Betriebe. Ich kenne keinen einzig positiven Grund, warum man das wirklich genehmigen sollte. Wir werden uns darum dagegen aussprechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste von der Presse. Ich kann der Argumentation des Kollegen StR Mayrhofer natürlich folgen. Nicht das erste Mal diskutieren wir bei Flächenwidmungsplanänderungen für Geschäftsflächen in diesem Gremium. Ich muss aber dazu sagen, dass es mir schon sehr weh tut und möchte auf einen anderen Bereich auch noch hinweisen,

der ganz aktuell ist, nämlich auf die Leopold-Werndl Straße wo neben dem Spar jetzt an der Garstner Gemeindegrenze der Billa errichtet wird. Die Diskussion haben wir hier herinnen auch schon geführt. Wie sie vielleicht wissen, ist diese Geschäftsfläche unter 600 m². D. h., da kommt diese Verordnung nicht zum Tragen, hat aber in der Auswirkung her, wenn man der Argumentation des Kollegen Mayrhofer folgt, meines Erachtens viel größere Auswirkungen und Probleme für den Stadtteil.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da können wir aber nichts machen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Natürlich hätte man dort auch was machen können. Dort hätte man mit der Widmung und mit dem Druck vom Gemeinderat und von der Politik sicher etwas verändern können. Aber inhaltlich gebe ich ihnen Recht und auch wir werden uns bei diesem Antrag nicht nur Enthalten, sondern dagegen stimmen, weil wir glauben, dass die Entwicklung nicht zielführend ist. Ich frage auch den Planungsreferenten der Stadt Steyr was eigentlich mit dem Projekt gegenüber vom Tabor – wie hat das noch schnell einmal geheißen –...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Estate.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... aus dem Estate-Projekt geworden ist, wo es ja so dringend notwendig war, eine Umwidmung durchzuführen. Ist das jetzt nicht mehr aktuell, weil damals hat das sehr stark nach Anlassgesetzgebung geklungen und hätte ähnliche Probleme meines Erachtens heraufbeschwört wie eben jenes an der Ennser Straße. Wenn ich mich genau erinnere, wäre ja damals dort dieser Hofer geplant gewesen. Vielleicht kannst du uns dazu etwas sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, zum Thema Estate und Fachmarktzentrum kann ich insoweit Auskunft geben, dass sich die Firma Hofer von diesem Projekt zurückgezogen hat. Aufgrund dessen, dass sich die Firma Hofer zurückgezogen hat, haben sich alle anderen auch zurückgezogen. Die Firma Weindl hat inzwischen andere Pläne in diesem Bereich.

Aber vielleicht noch zu dem Thema Vergrößerung dieses Hofer-Marktes im Bereich der Ennser Straße. Es ist natürlich von der Fachabteilung und auch vom Land OÖ entsprechend geprüft worden und man hat dieser Vergrößerung auch zugestimmt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Wirtschaftskammer hat sich dagegen ausgesprochen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Mich wundert, dass sich die Wirtschaftskammer da dagegen ausspricht, weil ja allgemein auch bekannt ist, dass genau solche Märkte in Zukunft noch viel mehr in unseren Breiten da sein werden. Wenn sie sich daran halten, dass sie unter den 600 m² sind, wie der GR Kupfer gerade gesagt hat, werden die noch mehr entstehen in Steyr.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir reden da von 850 m². Darum geht es.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die Erschließung dieses Bereiches, sie wissen ja genau wo der Hofer an der Ennser Straße ist, dass die Erschließung in diesem Bereich sehr, sehr günstig ist, dass dort eigentlich die Voraussetzungen bestens gegeben sind.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber das ändert ja nichts daran, dass wir von einer normalen gesetzlichen Regelung, was zum Schutz für die Kleinen geschaffen wurde, jetzt abgehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, diese Vorgangsweise wurde mit dem Land OÖ abgestimmt und die haben auch dieser Vorgangsweise zugestimmt. Ich habe gesagt okay, ich kann mir diese Erweiterung auch in diesem Stadtteil vorstellen und deswegen ist es zu dieser Vorgangsweise gekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenrufe: Drei

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist nicht die Mehrheit Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also, abstimmen noch einmal.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Stimmen wir jetzt so lange ab, bis ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, ich glaube da haben ein paar Leute nicht aufgepasst.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist ja wie in Kiew, da wird so lange abgestimmt, bis es passt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer ist dagegen? 11 (ÖVP, FPÖ, Grüne). Wer enthält sich der Stimme? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer ist dafür?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer ist dafür? Hand heben!

Gelächter

Zwischenruf: Wollt ihr die Hand noch höher heben?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, es sehen ein paar Leute schlecht!

Zwischenruf: Also jetzt muss die GR-Sitzung wiederholt werden.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Seid mir nicht böse.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, mein nächster Antrag beschäftigt sich mit dem Neuplanungsgebiet Nr. 4.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aufpassen meine Damen und Herren. Neuplanungsgebiet Nr. 4, Werndlpark. Aufgrund der nicht

zufriedenstellenden Parkplatzsituation zum Stadtbereich der Stadt Steyr wurde von der TU Graz ein entsprechender Platz für die zukünftige City-Garage gefunden. Es geht daher um die Errichtung eines Neuplanungsgebietes um diese Fläche sicherzustellen für diese zukünftige City-Garage. Ich bitte dem Antrag die Zustimmung zu geben.

7) BauGru-54/04 Neuplanungsgebiet Nr. 4 – Werndlpark.
Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Erlassung des Neuplanungsgebietes Nr. 4 – Werndlpark- beschließen:

V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

Das im Plan der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 21.9.2004 bezeichnete Gebiet Werndlpark wird als Neuplanungsgebiet der Stadt Steyr gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr verordnet:

I.

Gemäß § 45 Abs. 1 der OÖ. Bauordnung, LGBl. Nr. 66/1994 idgF., wird für das im Plan des Stadtbauamtes vom 21.9.2004 bezeichnete Gebiet (rot umrandet) ein zeitlich befristetes Neuplanungsgebiet verhängt.

Das Neuplanungsgebiet betrifft die Grundstücke Nr. 319, 287, 282, 277/1, 277/3, 277/5, 277/7, 276, .244/1 Bfl. und 275, alle KG Steyr. Die Flächen selbst werden im Osten durch den Unteren Schiffweg, im Westen von der Werndl-Straße und im Norden von der Tomitzstraße begrenzt und reicht im südlichen Bereich bis zu den bestehenden Gebäuden des Bundesgymnasiums Steyr.

Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungs- oder Bebauungsplan für dieses Gebiet erlassen oder geändert werden soll und dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen; Bewilligungen für die Änderungen von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungs- oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Der Kollege Mayrhofer hat nicht aufgezeigt.

Zwischenrufe: Der darf ja nicht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim nächsten Punkt geht es um eine Umverlegung der Goldhanstraße im Bereich des Dorningerbaches. Diese Umverlegung wird notwendig, weil dort ein Stauraum geschaffen wird der für dieses Retentionsbecken für Hochwasserschutz dort notwendig wird. Ich bitte der Umverlegung dieser Goldhanstraße in diesem Bereich zuzustimmen.

8) BauR-3/04 Umverlegung der Goldhanstraße im Bereich Dorningerbach; Verordnung gem. § 11 Abs. 1 des OÖ Straßengesetzes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 4. Oktober 2004 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Umverlegung einer Straßenparzelle im Bereich Goldhanstraße-Dorningerbach, genehmigt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht und zwar geht es hier um die Schließung jeglicher Postämter im Bereich der Stadt Steyr. Es ist eine Resolution des Gemeinderates von allen Fraktionen soweit unterschrieben. Ricki, darf ich dich bitten, dass du über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen lässt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer für den Dringlichkeitsantrag ist, machen wir es wie immer, die Behandlung erfolgt am Ende der Sitzung, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke.

Damit gebe ich den Vorsitz an den Bürgermeister wieder zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Berichterstattung.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag, ja, da werden wir ein Geld zurück bekommen.

Zwischenruf: Hoffentlich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich hoffe auch. Wir haben ja mit der Familie Riedler eine Vereinbarung getätigt und zwar betreffend den Waldorfkindergarten. Ein Drittel der Kosten hat ja die Stadt übernommen. Es ist ein Vertrag vorhanden, sollte es kein Waldorfkindergarten mehr sein, dass sie anteilmäßig die Kosten zurückzahlen innerhalb von 15 Jahren. Es steht eh alles sehr ausführlich im Amtsbericht. Ich würde den hohen Gemeinderat ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

9) Fin-214/00 Waldorfkindergarten Münchenholz, Dr. Alois und Maria Riedler; Rückzahlung der gewährten Förderungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 5. 11. 2004 wird den Ehegatten Dr. Alois und Maria Riedler die aliquote Rückzahlung des Förderungsbetrages, den sie zum seinerzeitigen Ankauf des Hauses Puschmannstraße 10 erhalten haben, wie folgt gestattet:

Von den Ehegatten Riedler ist ein Betrag von EUR 74.523,94 in drei Jahresraten zurückzuzahlen, wobei jeweils ein Drittel bis spätestens 15. 11. 2005, 15. 11. 2006 und 15. 11. 2007 zur Einzahlung zu bringen sind.

Für die in den Jahren 2006 und 2007 zu leistenden Beträge wird eine Wertsicherung mit der Maßgabe vereinbart, dass diese nur dann zur Verrechnung gelangt, wenn sich eine Veränderung des Verbraucherpreisindex 2000, Basis November 2004, um mehr als 3 % nach oben oder unten ergibt.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Amtsberichtes.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, das liegt uns ja eigentlich schon seit geraumer Zeit im Magen, diese ganze Angelegenheit. Aber was ich vielleicht dem hohen Gemeinderat mitteilen möchte, das ist, jetzt abgesehen von der durchaus korrekten Rückforderung der eingesetzten Gelder, dass die ganze Angelegenheit schon mittlerweile bei der Staatsanwaltschaft ist. Ich darf vielleicht einen Auszug eines Schreibens, das ich heute bekommen habe, das sich in etwa deckt mit den Unterlagen der Staatsanwaltschaft, aber natürlich kommentiert und ich werde versuchen, dass ich da außer dem Namen Riedler keine anderen Namen erwähne, aber ich teile es zumindest dem Gemeinderat mit, weil es glaube ich auch ein besonderes Licht auf diese ganze Causa wirft. Und zwar: Im Oktober 2000, also zu einem Zeitpunkt wo der Verein vor der Übersiedlung ins Münichholz stand, legten sechs von sieben Vorstandsmitgliedern, damals vom damaligen Verein Waldorf, ihre Funktion zurück. Alle bis auf die Frau Obfrau Riedler. Und zwar aus Protest gegen die Tatsache, dass die vom Land und der Stadt zugesicherte Förderung von insgesamt 2,6 Mio. Schilling für den Ankauf des Hauses Puschmannstraße 10, und das widerspiegelt halt die private Meinung des Briefschreibers, d. h., es gilt nach wie vor auch für dieses Haus die Unschuldsvermutung. Aber Tatsache ist, dass das halt bei der Staatsanwaltschaft liegt. Und zwar haben die damals gesagt, aus Protest, dass angeblich dieses Geld in die Privattasche der Familie Riedler umgeleitet werden soll und die Familie Riedler vom Verein aber hohe Mieten verlangen will. Der so handlungsunfähige Vorstand, weil der ist ja im Prinzip nur mehr aus einer Person bestanden, ist um eine Obfrau-Stellvertreterin erweitert worden. Am 13. Oktober wählten Frau Riedler und die Obfrau-Stellvertreterin eine Schriftführerin und diese drei Personen gingen dann zu unserem Herrn Dr. Schmoll aufs Magistrat um den Mietvertrag zu unterschreiben. Der Herr Dr. Schmoll, vollkommen richtig, hat zuerst einmal einen Auszug aus dem Vereinsregister verlangt, der aber wenig zufriedenstellend war, weil der Verein im Grunde genommen dann nur mehr aus einer Person bestanden hat, weil natürlich die zwei zusätzlichen Vereinsmitglieder noch nicht eingetragen waren. Der Herr Dr. Schmoll hat natürlich gesagt, das Ganze zurück, weil den Verein gibt es nicht. In der Zwischenzeit haben diese drei Damen dann eine Kassiererin gewählt und dann ist am 16. November natürlich eine Generalversammlung einberufen worden, wo dann die Frau Riedler versucht hat, Menschen aus dem Umkreis für diesen Verein zu gewinnen, wo natürlich sie dann im Mittelpunkt gestanden ist als Vereinsobfrau. Der abgesegnete Vorstand unterschrieb dann am 22. November den Mietvertrag neuerlich. Freilich hat, und das ist ein bisschen ein Lapsus in dieser Geschichte, dass da unser Herr Dr. Schmoll die Frau Riedler zwar als Hausbesitzerin unterschreiben hat lassen, aber die hat nur als Hausbesitzerin unterschrieben und nicht als Vereinsobfrau. Das ist ein bisschen seltsam, weil normalerweise, wenn man einem Verein dieses Haus gibt, muss halt der Vereinsobmann oder die –obfrau unterschreiben. Das ist damals halt nicht passiert, obwohl es an und für sich laut Vereinsstatut zwingend notwendig gewesen wäre. Jetzt kommt noch ein kleines Detailchen, was aber auch nicht wesentlich ist, weil nämlich der Verein, der bislang eigentlich ordnungsgemäß geführt worden ist und auch solide finanziert war, bis Ende Oktober ein Guthaben auf dem Konto und Sparbüchern gehabt hat von rund 383.000,-- Schilling. 10 Monate später haben sie ein Minus von 116.000,-- Schilling gehabt und kein Mensch weiß wo dieses Geld geblieben ist. Das ist auch der Grund warum die Staatsanwaltschaft jetzt einmal untersucht, weil lt. Protokoll hat es ursprünglich zwei Sparbücher gegeben und jetzt bleibt nur mehr eines übrig. Das ist an und für sich auch zu wenig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist aber Vereinsangelegenheit.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, das ist Vereinsangelegenheit, aber ich sage nur, wir wissen alle, dass wir damals mit viel Bauchweh und damit endlich einmal eine Ruhe ist, das beschlossen haben. Das war auch gut so, auf

der einen Seite, weil wir haben quasi das Problem weiter gehabt und haben uns irgendwie an die Brust geworfen, jetzt haben wir alles auf die Füße gebracht, damit dieser Verein irgendwie zustande kommt. Nur der Lapsus dabei ist das, dass sich in Wahrheit das irgendwie anders herausgestellt hat und dass auch im Haus unter Umständen, nur des lieben Friedens willen, auch nicht, sage ich jetzt einmal, so hundertprozentig korrekt, aber nicht mit böser Absicht, das muss ich auch dazu sagen, gehandelt worden ist. Es ist halt nur jetzt die Frage, um das Ganze irgendwie abzuschließen und um sie nicht in irgendwelche Notstände zu bringen. Der Verein der sich jetzt gebildet hat, vor geraumer Zeit, hat versucht, in der Leharstraße irgendwie unter zu kommen. Das ist ihm damals, ich weiß nicht aus welchen Gründen, verweigert worden. Sie sind jetzt oben am Arbeiterberg, in dem ehemaligen MOHI-Gebäude und versuchen natürlich in irgendeiner Weise einen Kindergarten zu bauen. Ich sage einmal, mit der gleichen Vehemenz mit dem die Stadt damals das betrieben hat damit die Puschmannstraße zustande kommt, wo wir dann eines Besseren belehrt worden sind, vielleicht sollte man mit einer ähnlichen Vehemenz diesen Verein auch unterstützen, wobei ich seitens der Sozialabteilung nicht genau weiß, wie die zukünftigen Prognosen auch in Richtung Fabrikinsel-Kindergarten zu bewerten sind. Nur, sie beklagen sich halt hier in dem Schreiben auch darin, dass ihnen die Stadt nicht sonderlich entgegengekommen ist. Im Gegenteil. Sie haben jetzt irgendwelche Schuldgefühle, obwohl die Causa der Geschichte eigentlich ziemlich bedenklich und ziemlich dubios ist, sage ich jetzt einmal aus meiner persönlichen Meinung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich GR Lengauer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich denke über die Causa zu urteilen, wie das war, wie das sein wird, wie das entschieden werden wird, ich glaube, das ist nicht unsere Aufgabe im Gemeinderat. Wir haben festzustellen, dass wir Kriterien gesetzt haben bei der Übergabe der Subvention. Diese Kriterien wurden nicht erfüllt daher fordern wir mit Recht das Geld zurück. Eines aber, und da muss ich ihnen, Herr Kollege Apfelthaler, widersprechen, ich denke, ob es nicht doch klüger wäre mit den Elternvereinen beider Gruppen zu reden und wieder zu versuchen in Steyr einen Waldorfskindergarten zu haben, dass wir einfach die Gruppe wieder zusammen führen, dann kommen wir von der ganzen Problematik weg und dann glaube ich ist es einfach auch sinnvoller. Wenn ich so daran denke, Waldorfschule, Waldorfskindergarten, dann kann das doch kein Problem sein, wenn ernstzunehmende Eltern, die an diese Idee glauben, wieder versuchen einen Verein zu finden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein sehr guter Vorschlag vom Kollegen Lengauer, der sicher nachvollziehenswert ist. Das haben wir ja versucht. Das haben wir in den letzten Monaten versucht. Ich möchte vielleicht in der Geschichte auch einmal ganz kurz zurückblenden. Es ist keine angenehme Situation für mich, aber ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie damals diese Causa in diesem Gemeinderat zur Beschlussfassung war, dass ich einer der wenigen großen Mahner dieses Tagesordnungspunktes, dieser Verhandlung und dieses Geschäftes mit der Fam. Riedler war. Leider ist es so gekommen, wie ich es damals vermutet habe. Ich fühle mich jetzt nicht wirklich wohl, dass die Stadt da irgendwie die großen Probleme bekommen hat, aber wir hätten uns natürlich damals, wenn man unseren Vermutungen gefolgt wäre, einiges ersparen können. Die Situation ist aber die, und ich glaube das ist das was der Kollege Apfelthaler mit seinen Ausführungen eigentlich sagen wollte, dass es jetzt Eltern gibt, die ihre Kinder in diesen Kindergarten im Münichholz gehabt haben und das sind nicht wenige Eltern. Wir reden da von 10 bis 20 Kindern. Es hat in den letzten Monaten große Anstrengungen gegeben, diese beiden Kindergärten zusammen zu bringen. Das war aber aus räumlichen und zeitlichen Gründen in dieser Zeit nicht möglich. Es gibt nach wie vor von beiden Vereinen die Bestrebungen zusammen zu arbeiten. Meines Wissens gibt es auch ein konkretes Angebot der Stadt Steyr für das kommende Jahr dieses Zusammengehen zu unterstützen. Nur das Problem das wir haben ist das, dass es jetzt eine Kindergartengruppe gibt, die, wie der Kollege Apfelthaler schon erzählt hat, einen Kindergarten auf der Ennsleite kurzfristig adaptieren, die zum Handkuss gekommen sind, weil sie ihre Kinder in den Kindergarten im Münichholz geschickt haben, mit der Fam. Riedler und dem Verein nichts zu tun gehabt haben, jetzt aber damit konfrontiert sind, dass sie keine finanzielle Unterstützung der Stadt

Steyr bekommen. Da sehe ich schon ein Problem, dass Personeneltern, die nicht die Möglichkeit haben so wie wir in Verhandlungen zu treten und leider Gottes mit dem Verein, mit dem Projekt Münchenholz immer wieder in Verbindung gebracht werden, ohne dass sie etwas damit zu tun haben und jetzt zum Handkuss kommen und nicht unterstützt werden. Darum mein Appell, auch jetzt noch einmal an die Sozialreferentin, diesen Verein doch zu unterstützen. Da geht es nicht um so viel Geld. Wir bekommen auch von diesem Verein Geld zurück, wo ich mir denke, man könnte doch kurzfristig diesen Personen helfen. Mein zweiter Appell, für das kommende Jahr, für das Kindergartenjahr 2005/2006, doch alle Anstrengungen zu unternehmen, das einzig Sinnvolle zu machen, dass es einen großen, gut funktionierenden Waldorfindergarten mit einem gesicherten Standort gibt. Denn wir wissen alle, auch der Standort Redtenbachergasse, den wir auch von grüner Seite immer unterstützt haben und natürlich auch weiter unterstützen, muss auch im Sommer ausziehen, weil die Kriterien nicht mehr dem entsprechen was das Gesetz verlangt, dass wir da eine gute Lösung zusammen bringen. Aber da ist glaube ich der Einsatz der Sozialabteilung, der Sozialreferentin gefragt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GR Karl Baumgartner kommt um 15.45 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFFER:

Ja, in einem Punkt möchte ich mich meinem Vorredner anschließen, ich fühle mich nicht wohl. Aber das Wohlfühlen bezieht sich mehr auf die Ausführungen des Kollegen Apfelthaler. Die haben für mich hier im Gemeinderatssaal nichts verloren. Hier kommt ein Schreiben was nicht verifizierbar ist. Wir wissen, dass sich die Staatsanwaltschaft, laut ihrer Aussage, damit beschäftigt. Das ist Grund genug, dass hier der Gemeinderat sagt, dann soll sich der Staatsanwalt damit beschäftigen, aber es kann nicht sein, dass wir einseitig hier in der Öffentlichkeit aus einem Schreiben heraus jemanden vorverurteilen, angreifen. Bitte schön, das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist zu entscheiden was passiert in dieser Angelegenheit mit den Förderungen usw. Das erfolgt, das ist Thema heute. Aber bitte schön hier einfach Anschuldigungen zu sprechen und dann noch dazu sagen eh nicht von mir aber von da, von dem der das geschrieben hat. Also Leute, das kann es in einem Gemeinderat bitte nicht geben, da ist das der falsche Platz.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich möchte es eigentlich so formulieren, ich bin nicht zufrieden mit dieser Entwicklung, weil es ja ursprünglich anders gedacht war. Ich glaube, das gehört schon noch einmal dazu gesagt, weil der Kollege Apfelthaler gesagt hat, die Stadt hat mit Vehemenz dieses Projekt Puschmannstraße vorangetrieben. Die Stadt hat das unterstützt, weil die vorher wo anders untergebracht waren und eine Bleibe gesucht haben und da hat sich halt dieses Gebäude angeboten. Die Fam. Riedler hat einen Vorschlag erarbeitet und es ist abgestimmt mit dem Land OÖ, mit der Stadt, mit dem Verein und mit ihnen persönlich. Dass es sich hinten nach anders entwickelt hat, da hält sich bei allen die Begeisterung in Grenzen. Ich glaube aber auch, dass das nicht ein Thema des Gemeinderates sein kann, wenn es vereinsinterne Schwierigkeiten und Probleme gibt. Es ist gut so, dass wir bei Verträgen und Vereinbarungen darauf trachten, dass die Stadt da nicht zu Schaden kommt. Wir haben da klare Vereinbarungen und einen Vertrag zu Händen, weil das jetzt in Brüche gegangen ist, dass das jetzt zurückgefordert wird. Das ist die Sache. Zu dem anderen was gesagt wird, es gibt eine Gruppe die jetzt wieder einen eigenen Verein gebildet hat. Jetzt hätte es schon gleich drei Vereine gegeben. Das Bestreben der Stadt ist, und das haben wir immer unterstützt und das wollen wir auch in Zukunft unterstützen, dass es einen Waldorfindergarten gibt. Wir wünschen uns, dass das ein gut funktionierender Kindergarten ist und den werden wir auch unterstützen. Die Gespräche und die Bemühungen hat es von allen Beteiligten gegeben. Von der Sozialreferentin, ich war selber einige Male mit da drinnen und habe auch versucht mitzuhelfen. Es ist halt nicht gelungen, dass man einen Waldorfindergarten errichtet hat. Man kann nur wünschen, dass es vielleicht im nächsten Kindergartenjahr geht. Aber auch da wollen wir uns, zumindest was unsere Position ist, unsere Fraktion, wir wollen uns nicht in Vereinsangelegenheiten einmengen. Das werden wir nicht tun, das ist

auch nicht unsere Aufgabe, nicht unser Geschäft, zu dem gibt es einen Vereinsvorstand. Es gibt eine Vereinsbehörde die überprüft, ob der Vereinsvorstand den gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien entspricht. Das ist auch nicht unsere Aufgabe das zu prüfen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass der Dr. Schmoll da einen Vereinsauszug bekommen hat, weil wenn es keinen Verein gibt, gibt es keinen Vereinsauszug, weil dann wird die Vereinsbehörde aktiv und löst den Verein auf und dann gibt es eh ein Verfahren. Für unseren Teil, wir werden uns in diese internen Geschichten nicht hineinmischen. Auf Deutsch gesagt, das geht uns nichts an und jeder Verein kann sagen, das ist nicht die Angelegenheit der Stadt. Wir haben nur den Teil wo wir Förderungen zahlen, schauen, dass das den Förderungsrichtlinien entspricht, das ist unsere Aufgabe. Alles andere sollte man wirklich dort lassen wo es hingehört.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja schon sehr viel gesagt worden. Ich möchte eigentlich auch sagen, das ist ein laufendes Verfahren. Ich glaube, darüber brauchen wir hier herinnen nicht diskutieren, ich finde auch, dass uns das nicht zusteht, weil das sind Vereinsangelegenheiten und da möchte ich mich auch nicht einmischen. Nur eines möchte ich schon im Vorfeld sagen, dass ich sehr behilflich war, den Verein, der sich jetzt als eigener Verein gegründet hat, dass ich ein paar Gespräche geführt habe und mir es am liebsten gewesen wäre, und Platz ist auch in der Redtenbachergasse, dass sie die Kinder übernommen hätten. Ich habe es auch den Eltern gesagt, der Delegation, geht es jetzt um die Waldorfpädagogik oder geht es jetzt um eine Kindergärtnerin, um es auf den Punkt zu bringen. Ich glaube, wenn ich mein Kind in der Waldorfpädagogik erziehen lassen will, dann gebe ich es in einen Waldorfkindergarten. Um das geht es mir. Ich habe auch das Verständnis, dass wir sagen, wir haben verschiedene Einrichtungen in der Stadt Steyr, dass man es sich aussuchen kann. Aber ich glaube es wäre auch günstiger, wenn der eine Kindergarten 10 Plätze frei hat, und 10 Kinder, hat mir die Frau Reinhard gesagt, könnte sie jederzeit nehmen. Ich glaube der Waldorfkindergarten ist ja noch gar nicht in den Räumlichkeiten auf der Ennsleite drinnen, weil das war ja vom MOHI ein Büro, also ist es ja wahrscheinlich noch gar nicht kindergerecht adaptiert, stelle ich mir vor, weil ich brauche ja eine Einrichtung. Dass man da sagt ob das so günstig ist, für ein Jahr, wenn sie dann miteinander arbeiten wollen, einen Kindergarten anzumieten und zur Stadt um eine Subvention oder Unterstützung zu gehen, ich weiß es nicht, in Zeiten wie diesen, ob das günstig wäre. Das ist jetzt meine Frage. Aber die Unterstützung von mir haben sie jederzeit. Ich habe auch mit der Frau Reinhard und mit dem neuen Vorsitzenden, dem Herrn Hofer, schon viele Gespräche geführt. Wir werden uns wieder zusammen setzen, dass es eben wieder einen Waldorfkindergarten in der Stadt Steyr gibt und nicht mehr. Das wäre für mich persönlich, und ich glaube für alle die da herinnen sitzen, am idealsten.

Noch etwas, die Fam. Riedler war da und sie haben gesagt, sie werden das eben in Raten zurückzahlen. Ich glaube es ist auch wichtig, dass wir damals den Vertrag gemacht haben, weil jetzt haben wir die Möglichkeit, dass eine Rückzahlung erfolgt. Wenn man sagt, es war damals ein Blödsinn, der Waldorfkindergarten ist ja jahrelang auf Herbergssuche gewesen und dann hat sich die Möglichkeit im Münichholz ergeben. Dass sich die dann alle in kurzer Zeit zerstreiten, mit dem hat niemand gerechnet, dass sich die auflösen und dann wieder in die Stadt gehen. Wir haben halt geglaubt wir haben einen Waldorfkindergarten und da haben sie ein Daheim, weil ein schöner Garten dabei ist, und sie haben sich halt zerstritten, wie jetzt wieder, und da muss man sagen, ich mische mich in diese Sachen gar nicht hinein, weil das ist Vereinsangelegenheit und nicht Sache des Gemeinderates.

Darum ersuche ich um Abstimmung, dass wir jetzt dann laufend Rückzahlungen bekommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Punkt geht es um einen Lifteinbau. Das Rote Kreuz wird ja erweitert. Wir haben da schon den Spatenstich gehabt und wir haben vom LR Ackerl Euro 50.000,00 zugesagt bekommen und wir überweisen das dem Roten Kreuz. Ich ersuche um Zustimmung.

10) Fin-224/04 Bezirksstelle des Roten Kreuzes Steyr-Stadt; nachträglicher Lifteinbau; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 5. 10. 2004 wird dem Landesverband Oberösterreich des Österreichischen Roten Kreuzes eine Subvention in Höhe von Euro 50.000,00 genehmigt.

Zur Zahlung werden bei der VA-Stelle 5/530000/777000 (Kapitaltransferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszwecke) Mittel in Höhe von Euro 50.000,00 (Euro fünfzigtausend) freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von Euro 50.000,00 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch die erfolgte Bedarfszuweisung des Landes Oberösterreich vom 4. 10. 2004 zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, die Nachwehen des Hochwassers 2002 sind noch immer zu verspüren. In meinem ersten Antrag geht es um die Kostenrefundierung vom Hochwasserschaden im Bootshaus, das im Eigentum der Stadt und in der Pacht des ATSV Steyr ist. Ich ersuche zum Protokoll, dass wir das richtig stellen, es steht „der ASKÖ, Sektion Steyr“, ich habe selbst darüber gelesen, es gehört „der ATSV, Sektion Paddeln“. Der Richtigkeit halber gehört es ausgebessert, weil das sind zwei unterschiedliche Rechtskörperschaften. Ich ersuche, das in der Form richtig zu stellen. Ansonsten ersuche ich dem Antrag die Zustimmung zu geben.

11) Fin-230/04 Hochwasserschäden im Vermögen der Stadt Steyr; Kostenrefundierung; Bootshaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes vom 21. Oktober 2004 wird für die Sanierung und Wiederherstellung des im Eigentum der Stadt Steyr stehenden Objektes Bootshaus am rechten Ennsufer der ATSV, Sektion Paddeln, vertreten durch Herrn Manfred Pils, Bürstmayrsiedlung 22, 4400 Steyr, der Restbetrag für die Gesamtanierung in Höhe von

€ 36.952,71 (EURO dreißigsechstausendneunhundertfünfzigzwei 71/100)

für die im Rahmen des Hochwassers im August 2002 entstandenen Schäden refundiert.

Die Bedeckung der Kreditüberschreitung bei der VA-ST 1/269100/614000 hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen und wird in einem bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzter Referent, ich habe im Stadtsenat ersucht nachzufragen, wie das ausschaut mit der Refundierung bei Hochwasserschäden bei Vereinen, bei Sportvereinen, weil ja üblicherweise eine höhere Refundierung vom Katastrophenfond passiert. Ich habe gerade den Magistratsdirektor gefragt, es ist nicht nachgefragt worden. Was ist jetzt? Wenn wir denen jetzt zu viel überweisen und die bekommen das dann trotzdem refundiert, was ist dann? Bekommen wir das dann wieder retour oder nicht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, konkret dazu, die Förderung des Landes OÖ mit den verschiedenen Abteilungen ist

abgeschlossen, da ist nichts mehr offen. Der Vereinsbetrag von den Investitionen, also vom Land, zu den tatsächlichen Kosten, das sind die 36.000,-- Euro, der Differenzbetrag ist 952,--. Da bleibt dem Verein nichts, sondern das sind in Summe die tatsächlich abgerechneten Kosten. Wir haben vom Land so rund die 80 % bezahlt bekommen und das ist der Differenzbetrag zu den tatsächlichen Kosten. Da muss ich dazu sagen, es war der Verein nicht mehr belastbar. Außerdem ist das Gebäude ja im Eigentum der Stadt Steyr, das ist ja nicht im Privateigentum des ATSV. Wir haben ja ein Jahr vorher auch ein Hochwasser in diesem Haus gehabt, wo der Verein auch dementsprechend belastet war. Es wären keine Mittel mehr vorhanden gewesen, dass der Verein da vielleicht Eigenleistungen einbringt. Es sind bei diesen Sanierungsarbeiten auch eine Reihe von Eigenleistungen, so wie es bei den Finanzierungsplänen vom Land auch verlangt wird, eingebracht worden. Also, es wird kein Euro über den tatsächlichen Kosten, was die Sanierungsarbeiten ausgemacht haben, dem Verein zufließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Verkauf des Grundstückes 717/3. Das wird nichts sagen. Und zwar im Stadtgut neben Schloßgangl, da ist ein Grund frei und der Motorrad-Profi will sich dort ansiedeln, der in Garsten ist. Also eine positive Sache, dass wir auch von extern her Betriebe bekommen und nicht, dass sich das Rad nur innerhalb der Stadt dreht, von einem Eck in das andere. Das ist eh nicht bei allen so, wir haben eh andere auch herbekommen. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Verkauf die Zustimmung zu geben.

12) ÖAG-11/04 Verkauf des Grundstückes 717/3, Grundbuch Steyr, an Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink; Mayrhoferstraße 2.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 23. 9. 2004 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink, Mayrhoferstraße 2, über das Grundstück 717/3, Grundbuch Gleink, im Ausmaß von 2.308 m² entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um den Beschluss der Verleihung der Sportehrenzeichen für Funktionäre, für lange Funktionärstätigkeit und aktive Sportler. Im Amtsbericht ist ausführlich darüber berichtet. Diese Anträge, die von den Vereinen gestellt worden sind, sind im Stadtsportausschuss diskutiert worden, in der Fachabteilung auf die Richtigkeit geprüft worden. Ich ersuche den Gemeinderat die Empfehlung des Stadtsportausschusses, diese Verleihung vorzunehmen, auch zu unterstützen und einen positiven Beschluss zu fassen.

13) Sport-8/04 Sportehrenzeichenverleihung 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 19. Oktober 2004 wird folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Sportsektor Außerordentliches geleistet oder sich Verdienste erworben haben, als Anerkennung das „Sportehrenzeichen der Stadt Steyr“ verliehen.

SPORTEHRENZEICHEN FÜR FUNKTIONÄRE IN GOLD:

Gemäß III B/1. und 2. der Richtlinien kommen für die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr Frauen und Männer in Frage, die während einer 25jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit ohne Unterbrechung in anerkannten Steyrer Sportvereinen oder -verbänden Außerordentliches für den

Sport geleistet, das 50. Lebensjahr erreicht und in den letzten zehn Jahren eine oder mehrere maßgebliche Funktionen im Verein ehrenamtlich ausgeübt haben.

1. HANNELORE FOISSNER, Jg. 1943 – ATSV „Vorwärts“ Steyr
seit 1972 bis dato Leitung Kinderturnen und Gymnastikgruppe Tabor als Trainerin
seit 1992 bis dato Sektionsleiterin Turnen des ATSV „Vorwärts“ Steyr

2. ING. PETER KUBISCH, Jg. 1949 – SV Forelle Steyr
1980 bis 1998 Jugendtrainer Sektion Segeln – SV Forelle Steyr
1982 bis 1988 Sektionsleiter Segeln – SV Forelle Steyr
1988 bis 1990 Obmann-Stellvertreter – SV Forelle Steyr
1990 bis 1998 Obmann – SV Forelle Steyr
seit 1998 bis dato Obmannstellvertreter – SV Forelle Steyr
1990 bis 1999 Mitglied des Stadtsportausschusses der Stadt Steyr

3. ALOIS PFAFFHUBER, Jg. 1943 – Tauchsportclub Steyr
1979 bis 1984 Tauch- und Gerätewart – Tauchsportclub Steyr
1984 bis 1989 Schriftführer – Tauchsportclub Steyr
seit 1989 bis dato Obmann – Tauchsportclub Steyr

4. FRITZ REICHENBERGER, Jg. 1931 – SK Amateure Steyr
1979 bis 1986 Beirat des SK Amateure Steyr
1987 bis 1988 Obmann-Stellvertreter – SK Amateure Steyr
1988 bis 1991 Obmann des SK Amateure Steyr
seit 1991 bis dato Präsident des SK Amateure Steyr

5. AUGUSTIN SCHÖLMBAUER, Jg. 1938 – ATSV „Vorwärts“ Steyr
seit 1960 bis dato Trainer – Sektion Judo des ATSV „Vorwärts“ Steyr

6. MAG. ERWIN SCHUSTER, Jg. 1954 – Magistratsportverein Steyr
1975 bis 1989 Schriftführer und Pressereferent der Sektion Faustball des ATSV Steyr
1989 bis 1991 Obmann-Stv. - ASKÖ Magistratsportverein Steyr
seit 1991 bis dato Obmann des Magistratsportvereines Steyr
seit 1991 bis dato Kassier des ATSV Steyr Tennis
1980 bis 1984 Schiedsrichteref.- Stv. des OÖ. Handball- und Faustballverbandes
1980 bis 1987 Pressereferent Faustball des Österr. Handball- und Faustball-Bundes

7. HANS SOMMER, Jg. 1953 – ATSV Eckelt Glas Steyr Tennis
1978 bis 1994 Pressereferent des Schiklub Steyr
1978 bis 1990 Sektionsleiter MSV Steyr – Sektion Tennis
1990 bis 1998 Sektionsleiter des ATSV Steyr Tennis
seit 1998 bis dato Obmann – ATSV Eckelt Glas Steyr Tennis
seit 1991 bis dato Vizepräsident und Pressereferent des OÖ Tennisverbandes
seit 1998 bis dato Wettspielreferent des OÖTV

8. Dipl.Kfm. Wolfram Steinwendtner, Jg. 1937 – SV Forelle Steyr
seit 1977 bis dato Präsident des SV Forelle Steyr

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN GOLD:

Gemäß III A/1 der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in goldener Ausführung für die erfolgreiche Teilnahme an herausragenden sportlichen Ereignissen (Teilnahme an olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften), für die fünfmalige Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzelbewerb, für außergewöhnliche sportliche Leistungen auf alpinistischen Gebiet, für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Mannschaftsbewerb, sofern dieser nicht auch als Einzelbewerb ausgeschrieben ist und für aktive Mitglieder einer Mannschaft, die maßgeblich Anteil daran haben, dass die Mannschaft der höchsten Spielklasse Österreichs angehört, verliehen.

1. Ingomar Schweiger, Jg. 1975 – ASKÖ Kampfsportverein Steyr Teilnahme an der Kickbox-WM 2004 in Basel/Schweiz und Erringung des 8. Platzes im Superschwergewicht über 91 kg

SPORTEHRENZEICHEN FÜR SPORTLER IN BRONZE:

Gemäß III A/3. der Richtlinien wird das Sportehrenzeichen der Stadt Steyr an Sportler in bronzener Ausführung für die Erringung eines österreichischen Staatsmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb, für die dreimalige Erringung eines Landesmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb sowie für die fünfmalige Erringung eines Stadtmeistertitels in einem Einzel- oder Mannschaftsbewerb verliehen.

1. Natascha Andraschek, Jg. 1984 – ASKÖ Kickboxclub Steyr
Landesmeisterin 2003 im Leichtkontakt bis 55 kg u. Semikontakt bis 55 kg
Landesmeisterin 2004 im Leichtkontakt bis 60 kg u. Semikontakt bis 60 kg

2. Alfred Moser, Jg. 1947 – SV Forelle Steyr
Stadtmeister im Stocksport - am Eis 1984 - am Asphalt 1986, 1996, 2003 u. 2004

3. Herbert Siller, Jg. 1950 – SV Forelle Steyr
Stadtmeister im Stocksport - am Asphalt 1996, 2003, 2004 - am Eis 2001, 2004

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Selbstverständlich wird man diesem Antrag die Zustimmung erteilen, nur frage ich mich eigentlich, warum man gerade bei der Sportehrenzeichenverleihung abweicht von allen Ehrenzeichenverleihungen und Ehrungen der Stadt Steyr. Bei allen Ehrungen gibt es immer eine Veranstaltung im Festsaal zu dem auch jenes Gremium, das diesen Beschluss fasst, eingeladen wird, das ist der Gemeinderat. Warum ist es nicht möglich, dass man diese Kultur, die man pflegt bei Kulturehrungen beispielsweise, nicht auch macht im Fall der Sportehrenzeichen. Weil immerhin der Gemeinderat beschließt es, der Gemeinderat sollte auch die Möglichkeit haben den Sportlern und Funktionären diese Art der Anerkennung zu leisten und sich bei ihnen für ihre Leistungen zu bedanken. Warum ist das nicht möglich Herr Stadtrat? Ich weiß, ich bringe das jedes Jahr wieder.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, vielleicht habe ich das überhört, sonst höre ich eher ihre kritischen Worte zu Ehrungen, ob die zeitgemäß sind. Mich freut es, dass sie positiv dazu stehen. Wir werden diese Anregung, also, das ist überhaupt keine Fahnenfrage, ob man diese Ehrungen im Festsaal macht oder nicht im Festsaal, für heuer glaube ich sind die Einladungen schon raus, aber für die Folgejahre werden wir das überlegen. Es ist nur so, es werden dann die Geehrten zu einem Essen und einen Umtrunk, zu einem gemütlichen Abend, eingeladen. Da muss man dann zuerst in den Festsaal gehen und dann woanders hin. Aber das ist auch kein Problem, man kann das so machen. Wir werden für zukünftige Ehrungen ihren Vorschlag diskutieren. Entscheiden muss es dann der Bürgermeister, der vergibt den Festsaal. Es war nicht eine Abwertung der Sportfunktionärinnen und Sportfunktionäre oder der Sportlerinnen und Sportler, sondern das ist halt, jetzt sage ich es so, der Wunsch oder die Idee ist halt nicht gekommen. Sie haben da jetzt ein Patent. Es ist kein Problem und man wird es überlegen können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, wir werden es uns überlegen. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um die Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr vom 11. 12. 2003. Es ist, wie es im Amtsbericht erläutert ist, bei der ursprünglichen Beschlussfassung beim Abfallbehälter von 1100 l bei wöchentlicher Entleerung ein Schreibfehler passiert. Da ist man erst im Nachhinein darauf gekommen. Ich ersuche das nachzusehen und unter dem Titel zu sehen „wo gearbeitet wird passieren Fehler, der nichts tut, macht nie einen Fehler“. Wir haben das jetzt zu reparieren. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

14) GemAbf-1/03 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr vom 11. Dezember 2003.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 2. September 2004 wird die in der Anlage beigeschlossene Novelle der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2005 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 1 (Bürgerforum Frech). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es war ursprünglich richtig geschrieben, es war nur falsch in der Gebührenordnung drinnen.

Im nächsten Antrag geht es um die Brandschutzordnung für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Steyr. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

15) Schu-28/03 Brandschutzordnung für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Steyr – Neufassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 5. November 2004 wird der Neufassung der Brandschutzordnung für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Steyr entsprechend des beigefügten Verordnungsentwurfes zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, bitte ihn aber gleich darum, dass er den Bericht vom Hauser Willi auch gleich macht.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im Antrag des Kollegen Hausers geht es um die Städt. Wasserversorgung, Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2005. Wie alle Jahre, es ist im Amtsbericht erläutert und auch im Ausschuss für die Stadtwerke diskutiert worden. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

16) Stw-76/04 Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 7. 9. 2004 wird der Wertanpassung der Wasserleitungsanschlussgebühren, der Wasserbezugsgebühr und der Wasserzählergebühr entsprechend dem in der Beilage übermittelten Verordnungstext und der darin enthaltenen Gebührenordnung zum 1. 1. 2005 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1. 1. 2005 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 11. 12. 2003 außer Kraft.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, Kollege Bremm, ich kann dir versichern, es werden keine komplizierten Anfragen kommen sondern ein paar massive Feststellungen. Ich hoffe, dass ich aufgrund meiner Wortmeldung nicht zu einer neuerlichen Abstimmungsverwirrung Sorge. Ich darf daher bitten, aufzupassen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieser Erhöhungsantrag in dreifacher Ausfertigung, denn er betrifft drei Bereiche, reiht sich ja ein in viele Tarif- und Gebührenanhebungen die der Gemeinderat bereits innerhalb eines Jahres beschlossen hat. Ich darf in Erinnerung rufen, es handelt sich jetzt nur um ein paar Beispiele. Die Kanalbenützungsgebühr, die Kanalanschlussgebühr, die Tarife bei den Verkehrsbetrieben, die Eintritte und Tarife im Städt. Freibad und auch diese Thematik, meine sehr geehrten Damen und Herren, einer Erhöhung im Bereiche der Wasserversorgung war ja bereits vor einem Jahr in diesem Gemeinderat zur Diskussion und zur Beschlussfassung vorliegend. Wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, gehen nach wie vor davon aus, dass Gebühren- und Tarifierhebungen zwar unangenehm sind, vor allen Dingen für alle jene die sie zu bezahlen haben, aber dennoch notwendig sind, wenn sie aufgrund von entsprechenden betriebswirtschaftlichen Kalkulationen oder notwendigen Indexanhebungen zu rechtfertigen sind. Diese Kriterien treffen aber in keiner Weise auf diesen Erhöhungsantrag zu. Ich darf auch das sehr deutlich begründen. Zum einen war es 2003 möglich, und es wird, wie es absehbar ist, auch im Jahr 2004 so sein, dass Gott sei Dank es dem Wasserwerk gelungen ist nicht nur ein gutes Wasser den Kunden, den Haushalten zu liefern, sondern dass es auch möglich war, einen Gewinn im Wasserwerk von 656.000,-- Euro zu erwirtschaften, trotz der Tatsache, dass 590.000,-- Euro von diesen Gewinnen als Verlustersatz von Bäder und Kunsteisbahn zugeordnet werden konnte. Das ist der eine Teil. Zum anderen bezieht man sich auf einen entsprechenden Beschluss der OÖ Landesregierung. Da dürfte jemand in der Direktion der Stadtwerke schon eher hellseherische Fähigkeiten gehabt haben, denn der Ausschuss hat sich im September damit beschäftigt, der Amtsbericht stammt vom 7. 9., wo man sich auf diesen Beschluss der Landesregierung bezieht, und interessanterweise hat es diesen Beschluss der OÖ Landesregierung, der diese Tarifordnung regelt, erst am 18. Oktober 2004 gegeben. Also, man hat zumindest im vorausseilenden Gehorsam hier bereits einen Tarifantrag dem zuständigen Ausschuss zugeordnet. Und nicht unerwähnt in diesem Zusammenhang, obwohl zu trennen, auch das habe ich immer wieder betont als ich damals auch noch der Referent war, ist die Kanalbenützungsgebühr. Wie sie ja wissen, wurde vor Jahren bereits ein Vorausbeschluss gefasst, der bis in das Jahr 2004 reicht, der eine entsprechende Anhebung der Kanalbenützungsgebühr, die ja als Grundlage das bezogene Wasser hat, beschlossen. Und zwar diese Kanalbenützungsgebühr im Jahre 2004 beträgt inkl. der Mehrwertsteuer 2,79 Euro. Wie man hört, wird es bei der nächsten GR-Sitzung auch einen Erhöhungsantrag geben, obwohl dieser Vorausbeschluss, wie ich gesagt habe, bis ins Jahr 2004 Gültigkeit hat. D.h., meine sehr geehrten Damen und Herren, und das bitte ich schon zu beachten, dass in Zukunft jeder der den Wasserhahn aufdreht, 1 Kubikmeter Wasser verbraucht, zum einen 1,32 Euro für das bezogene Wasser zu bezahlen hat und für die Kanalbenützungsgebühr 2,91 Euro, das sind insgesamt 4,23 Euro. Im alten Geld ausgedrückt 58,20 Schilling. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist für viele schon ein sehr hartes Brot. Es werden viele dann überrascht sein, ob das Hausbesitzer sind oder ob das Mieter in Wohnungen sind, wenn sie dann die Jahresabrechnung bekommen. Ich darf aber schon zum Schluss kommen. Wie gesagt, das sind die Begründungen die es aus unserer Sicht nicht rechtfertigen einen derartigen Erhöhungsantrag die Zustimmung zu geben. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist halt ein Unterschied ob man Referent ist oder nicht Referent ist, ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

... weil wir haben in deiner Zeit ganz genau dieselben Beschlüsse gefasst, weil es eine Vorgabe des Landes ist, weil es auch mit den Förderungen, so hast du es immer erklärt ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Am 18. Oktober beschlossen und im September hat sich der Ausschuss damit beschäftigt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Du hast es immer so gut erklärt, dass ich es auch verstanden habe, lieber Roman Eichhübl. Wenn wir als Stadt dem nicht Rechnung tragen, dann wird es bei den Förderungen kritisch und wird das bei den Förderungen abgezogen. Du weißt auch ganz genau, dass es eine jährliche Wiederholung von dessen ist, dass das immer wieder kommt in derselben Formulierung vom Land OÖ. Es ist vorweg im Verwaltungsausschuss der Stadtwerke beraten worden, das ist kein beschlussfassendes Gremium ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Na selbstverständlich ist es ein beschlussfassendes Gremium!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist kein beschlussfassendes Gremium, nicht in der Angelegenheit. Das ist eine Weiterleitung an den Gemeinderat und der Gemeinderat beschließt das. Du kannst es kritisieren, wenn wir im September im Gemeinderat das schon beschlossen hätten und vom Land wäre das erst dann im Oktober gekommen. Wegen dem ist das von den Stadtwerken zurückgehalten worden, bis dass das auch offiziell im Land OÖ über die Bühne gegangen ist. Jetzt bringen wir es ordnungsgemäß und zeitgerecht, vor Wirksamkeit mit 1. 1. 2005, im Gemeinderat und haben heute das zu beschließen. Ich ersuche auch dich, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kollege Bremm, zu der Begründung kann ich dir nur gratulieren. Da müsstest eigentlich du Referent sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? 4 (FPÖ, Bürgerforum Frech). Stimmenthaltung? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Wir machen jetzt eine kurze Pause.

PAUSE VON 16.15 UHR BIS 16.45 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir setzen unsere Gemeinderatssitzung fort und ich ersuche als nächsten Berichterstatter Herrn Stadtrat Gunter Mayrhofer um seine Berichte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation Wehrgrabengasse und um zusätzliche Straßenarbeiten im Bereich zwischen Schule und Schleifersteg.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an des Gemeinderat.

17) BauT-20/03 Kanalisation Steyr 2004, BA 13; Wehrgrabengasse – zusätzliche Straßenbauarbeiten im Zuge der Kanalbauarbeiten;
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 12. Oktober 2004 werden die zusätzlichen Straßenbauarbeiten in der Wehrgrabengasse an die Fa. Straßen- und Pflasterbau, Kotzinastraße 4, 4030 Linz, in Höhe von EUR 37.550,54 exkl. MWSt. und in Höhe von EUR 6.000,-- exkl. MWSt. an die Fa. Poschacher, Poschacherstraße 7, 4222 St. Georgen/Gusen, vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt EUR 43.550,54 exkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben (V17/04) ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 43.550,54 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag, etwas Erfreuliches, geht wieder um die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“ an drei Persönlichkeiten der Stadt Steyr. Als erstes der Herr Stadtpfarrer Mag. Roland Bachleitner für die Renovierung der Margaretenkapelle, die wirklich in sehr qualitätsvoller Weise hergerichtet wurde.

Der zweite Preisträger ist der Herr Wolfgang Schober, als Vertreter der Firma Schober und Partner, die das Geviert im Bereich Sierninger Straße – Mittlere Gasse, vis-a-vis von dem Gasthaus Santa, revitalisiert haben.

Dritter Preisträger ist dann die Frau Schönberger, und zwar für ihren Einsatz um die Restaurierung des Renaissancefriedhofes bei uns am Tabor.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) K-1/04 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2003“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 8. November 2004 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1. Herr Stadtpfarrer Mag. Roland Bachleitner, Stadtpfarre Steyr
2. Herr Wolfgang Schober, Schober und Partner KEG
3. Frau Gertrude Schönberger

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag?

Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Stadtrat Walter Oppl.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich habe heute die etwas unangenehme Aufgabe zwei Anträge zu stellen, mit einem doch nicht unbeträchtlichen Betrag von einer Kreditüberschreitung. Der erste Antrag betrifft die Kosten für die Heimunterbringungen. Wir haben das ja anlässlich der letzten Sozialausschusssitzung ausführlichst diskutiert und informiert. Es ist leider Gottes so, dass es notwendig war, im heurigen Jahr mehrere Jugendliche in Heime einzuweisen, weil es einfach nicht mehr anders gegangen ist und wir aufgrund des budgetierten Betrages einfach nicht auskommen. Ich möchte da jetzt auf deine Wortmeldung anlässlich des Nachtragsvoranschlages zurückkommen. Es ist natürlich nicht so, dass wir nicht richtig budgetiert haben; wir haben natürlich aufgrund der langjährigen Erfahrungen schon den richtigen Budgetansatz im Budget drinnen, nur hat sich die Anzahl im heurigen Jahr fast verdoppelt und das ist der Grund, warum wir jetzt so eine Kreditüberschreitung haben. Wichtig ist, dass wir im nächsten Jahr im Budget auch dementsprechend reagieren und den richtigen Ansatz drinnen haben. Das gleiche gilt – gleich einmal vorweg – auch für meinen zweiten Antrag, wo ich dann ebenfalls eine Kreditüberschreitung bezüglich der Pflegeeltern beantragen muss.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

19) JW-520/04 Kreditüberschreitung bzw. –übertragungen bei den Kosten für Heimunterbringungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 9.8.2004 wird zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Unterbringungskosten für Minderjährige in sozialpädagogischen Einrichtungen folgende Kreditübertragung bewilligt:

EURO 257.000,-- von der VSt 1/439000/729600 auf die VSt 1/439000/728100

Weiters werden zum selben Zweck folgende Kreditüberschreitungen bewilligt:

VSt 1/439000/728000 Kreditüberschreitung um Euro 180.000,--

VSt 1/439000/728100 Kreditüberschreitung um Euro 333.000,--

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT WALTER OPPL:

Nun zu meinem zweiten Antrag. Es ist so, dass es den Verein für Pflege- und Adoptiveltern seit 2 Jahren gibt, wo sich Pflegeeltern, wenn sie diesem Verein beitreten, einerseits auch verpflichten Weiterbildungsmaßnahmen für die Betreuung und Erziehung der Pflegekinder zu tätigen und auch hier war es im heurigen Jahr so, dass bis dato nur wenige Pflegeeltern dieses Angebot in Anspruch genommen haben. Unabhängig davon, dass wir heuer zusätzlich 6 Pflegefamilien gefunden haben, wo wir Kinder unterbringen können, haben weit über 10 Pflegeeltern dieses Angebot angenommen, sind diesem Verein beigetreten, sind bei diesem Verein angestellt und wir haben uns als Stadt Steyr seinerzeit, genauso wie alle anderen Sozialhilfeverbände, verpflichtet, die Personalkosten dafür zu übernehmen und das ist der Grund, dass wir auch hier heuer mit den budgetären Mittel nicht auskommen, weil eben unplanmäßig die Anzahl der Pflegeeltern, die dieses Angebot in Anspruch nehmen, gestiegen ist.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) JW-520/04 Kreditüberschreitung bei den Kosten für Pflegekindern

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 29.10. 2004 wird zum Zweck der Begleichung der von der Stadt Steyr gemäß §§ 44 bis 46 OÖ. Jugendwohlfahrtsgesetz zu tragenden Kosten für Minderjährige auf Pflegeplätze eine

Kreditüberschreitung in Höhe von Euro 60.000,-- bei der VSt 1/439000/768200

bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier, meinem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte den nächsten Berichterstatter, Stadträtin Ingrid Weixlberger um ihre Ausführungen.

BE:STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Entgeltleistung der Stadt Steyr an die OÖ. Tierkörperverwertungs-GesmbH., aufgrund der OÖ. Tiermaterialienverordnung, die mit 1. Juli 2004 in Kraft getreten ist.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) Fin-204/04 TKV Gebühren; OÖ. Tiermaterialienverordnung 2004

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VIII – FA Veterinärwesen vom 22. September 2004 wird aufgrund der mit

1. Juli 2004 in Kraft getretenen OÖ. Tiermaterialienverordnung 2004 und der zu leistenden Entgelte an die OÖ. Tierkörperverwertungs-GesmbH. ein Betrag in Höhe von € 41.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von € 41.000,-- (einundvierzigtausend) in Form einer Kreditüberschreitung bei der VAS. 1/528000/751000 freigegeben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich hätte die Frage eigentlich auch vom Tisch aus stellen können, aber nachdem es die Gepflogenheit erfordert, bin ich selbstverständlich hier heraus gegangen, um hier meine Frage an die zuständige Referentin zu stellen. Nachdem es doch um einen nicht unerheblichen Betrag geht, hätten wir von der Freiheitlichen Fraktion gerne gewusst, in welcher Größenordnung vonseiten der Stadt derartige Verwertungen stattfinden. Kann man dazu bitte eine Auskunft haben?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Es gibt keine Mengenangaben, es geht grundsätzlich um das, dass zweimal wöchentlich aus unserer Deponie die Kadaver abgeholt werden. In dem vorgeschriebenen Zeitraum, bis Juli 2004, waren es ungefähr 10.000 kg Material, das zweimal wöchentlich direkt nach Regau entsorgt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Wir sind nun am Ende; nein wir haben ja jetzt noch einen Dringlichkeitsantrag.

Dringlichkeitsantrag

nach § 7 – GO des Gemeinderates der Stadt Steyr

RESOLUTION

gegen die Schließung jeglicher Postämter im Bereich der Stadt Steyr

Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr an die Generaldirektion der Österreichischen Post AG

Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich mit dieser Resolution vehement gegen die aktuellen Schließungspläne der Österreichischen Post AG aus. Bekanntlich sind von diesen Plänen allein in Oberösterreich 70 Postämter, ich glaube es sind 68, in Steyr zum Beispiel konkret das Postamt „Steyrdorf“ betroffen.

Bereits vor 2 Jahren fielen einer ersten Schließungswelle österreichweit 600 Filialen zum Opfer. Von der Geschäftsführung der Post damals als „Jahrhundertkonzept“ präsentiert, wurden weitere Schließungen ausgeschlossen. Außerdem wurde vom Parlament 2002 eine Post-Universaldienstverordnung verabschiedet, die eine „den Bedürfnissen der Kunden entsprechende, qualitativ hochwertige, flächendeckende und allgemein erschwingliche Versorgung von Postdienstleistungen gewährleisten“ sollte.

Postämter erfüllen zentrale Nahversorgungsaufgaben. So zum Beispiel auch das Postamt Steyrdorf.

Seit 1890 besteht das Postamt am Wieserfeldplatz. Es ist ein zentraler Knotenpunkt des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Steyrdorf. Die Stadt Steyr und private Investoren haben in den vergangenen Jahren erhebliche Beiträge zur Intensivierung des öffentlichen Lebens in Steyrdorf geleistet (Tiefgarage, Neugestaltung Wieserfeldplatz, Christkindlwelt, Studentenheim, ...). Steyrdorf ist damit eines derjenigen traditionellen Gemeinwesen, das den Strukturwandel in Gewerbe und Handel meistert und zu einem florierenden, bunten und lebendigen Stadtteil wird. Ausgerechnet jetzt, wo die Initiativen beginnen Früchte zu tragen, sollen Postämter als Mittelpunkt von Wirtschaft und Kommunikation geschlossen werden. Der Gemeinderat und die Bevölkerung der Stadt Steyr lehnen diese Vorgangsweise vehement ab und fordern daher die Österreichische Post AG nachdrücklich auf, von der Schließung jeglicher Postämter in Steyr, insbesondere jedoch des Postamtes Steyrdorf sowie auch des Postamtes Christkindl abzusehen und sämtliche in Steyr derzeit bestehende Postämter auch in Zukunft uneingeschränkt weiter zu erhalten und zu betreiben.

Mit Unterschrift von allen Fraktionen. Ich glaube, dass wir uns ganz eindeutig gegen diese Maßnahmen aussprechen müssen. Es ist in dieser Resolution ausreichend begründet. Gibt es dazu Wortmeldungen?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Debatte brauchen wir wahrscheinlich nicht in die große Länge ziehen, außer es gibt in der Runde großen Diskussionsbedarf, was ich nicht glaube, aber es könnte ja doch sein. Für uns ist es halt ziemlich klar, dass die Angelegenheit ein großes Problem ist, nicht nur bei uns in Steyr, sondern österreichweit. Es ist eh im Antrag beschrieben, aber das Einzige, was ich zur generellen Debatte sagen möchte; ich habe mir in den letzten Tagen die Presseberichte von 2002 ausgehoben und durchgelesen, und damals hat es sehr klare Aussagen der Post AG gegeben, auch in Verhandlung mit der Bundesregierung und mit den damals zuständigen Ministern, dass diese Schließung von den 600 Filialen, die damals beschlossen worden ist, das Ende sein wird – wie es auch im Antrag steht – ein Jahrhundertprojekt. Damals ist auch im Parlament diese sogenannte Universaldienstverordnung beschlossen worden und wie es halt in der Liberalisierung immer so ist, kommt es in regelmäßigen Abständen wieder auf uns zu. Glaubt man den Presseberichten, dann ist ja diese erste Schließungswelle nur der Anfang. Von den 1600 Postämtern in Österreich, sind nicht nur die 600, die jetzt zur Schließung stehen, betroffen, in Diskussion sind an die 1000 Postämter. Das betrifft vor allem den ländlichen Raum. Steyr ist eine Stadt, wir haben in unserem Stadtgebiet mehrere Postämter. Man könnte natürlich argumentieren, dass die Schließung des einen oder anderen Postamtes in der Stadt kein Problem wäre, aber auf alle Fälle ist es eine Beeinträchtigung der einzelnen Stadtteile und ein großer Qualitätsverlust, nicht nur für die Bevölkerung dort, sondern natürlich auch für die Bediensteten, die in den Postämtern arbeiten. Für uns ist ganz klar, die Post ist Nahversorger, Postämter übernehmen diese Funktion, das soll aber nicht heißen, dass es zu keinen Qualitätsverbesserungen oder Veränderungen bei den Filialen kommen kann. Zum Teil wird das auch schon gemacht, zum Teil könnte diese Rolle natürlich noch viel stärker in Anspruch genommen werden. Konkret im Stadtteil Steyrdorf ist es so, da spreche ich die Vorgangsweise an, die ich auch sehr merkwürdig finde: Der Bürgermeister der Stadt Steyr ist meines Wissens nach heute Vormittag das erste Mal offiziell von dieser Schließung informiert worden, die Mitarbeiter sind es bereits letzte Woche geworden, nachdem bereits die Pressemeldungen der Post AG an die Presse weitergegangen sind. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht dem entspricht, was vor 2 Jahren vereinbart wurde. Diese Universaldienstverordnung hat einige Lücken und im Parlament gibt es derzeit auch Diskussionen, diese Universaldienstverordnung zu ändern. Es sprechen sich meines Wissen nach alle Parteien im Parlament dafür aus, dass die Postämter österreichweit erhalten werden. Was aber in dieser Dienstverordnung von 2002 gewährleistet ist, das Mitspracherecht der Gemeinde, das heißt es dürfen oder können keine Postämter ohne Einverständnis der Gemeinde zugesperrt werden. Das heißt, die Post muss in Verhandlung mit der Stadt Steyr treten und muss Alternativen für diese Schließung begründen. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass unser Bürgermeister für diese Verhandlung die Unterstützung des Gemeinderates bekommt, dass wir alle geschlossen hinter dieser Resolution und gegen diese Schließung auftreten. Das traurige an dieser ganzen Geschichte ist sicher das, dass wir diese Diskussion sicher nicht zum letzten Mal führen werden, diese Zusperrdebatte wird noch des öfteren auf uns zukommen. Aus diesem Grund möchte ich sozusagen auch diesen Appell – und es sind heute schon einige Appelle ausgerufen worden – dass wir uns doch gemeinsam auch überlegen, wie der Standort Steyrdorf abgesichert werden kann. Wer das Postamt dort kennt weiß, dass es dort ein sehr kleiner Raum ist, es ist zwar eines der ältesten Postämter in Steyr, aber dass es ganz schwierige Rahmenbedingungen hat, dieses Postamt wirtschaftlich zu führen, das weiß, glaube ich, auch jeder. Der Stadtteil Steyrdorf und der Stadtteil Wehrgraben sind aber Stadtteile, wo wir in den letzten Jahren sehr viel investiert haben, wo wir uns auch in Zukunft eine Belebung wünschen und nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die

Unternehmen in diesem Stadtteil, würden die Schließung der Post in diesem Stadtteil natürlich empfindlich spüren. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diese Resolution zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön, Herr GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich will gar nicht lange reden, ich denke einfach, jetzt haben wir ein Mosaiksteinchen nach dem anderen zusammengelegt, dass wir Steyrdorf und Wieserfeldplatz wieder beleben, dass wir dort ein Image aufbauen und wenn die jetzt das Postamt schließen, dann glaube ich einfach, dann haben wir wieder etwas zerstört. Wirtschaftlich kann ich das gar nicht überlegen, das mag schon sein, dass das wirtschaftlich nicht so ertragreich ist, aber ich glaube, es geht einfach um den Wieserfeldplatz und es geht um Steyrdorf und es wäre einfach schade, wenn jetzt amtlich ein Mosaikstein wieder herausgerissen würde und der Aufbau zu bröckeln beginnt. Daher denke ich auch, es wäre gar nicht gut, eine Alternative zu überlegen, sondern man müsste einfach das Postamt erhalten. Wenn da und dort auch Christkindl steht, also bitte, das dürfen wir gar nicht weiter denken, sondern da muss einfach von vornherein ein Nein da sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, die Reaktion ist natürlich verständlich, am meisten natürlich in Gemeinden, die eine größere Wegstrecke zum nächsten Postamt haben. Bei uns in Steyr sehe ich das schon ein bisschen differenzierter, und auch wenn diese Resolution jetzt beschlossen wird, dann sollte man schon ein bisschen versuchen, die Kirche auch im Dorf zu lassen. Wir haben z. B. im Resthof bei 5000 Leuten kein Postamt. Das heißt, in Steyrdorf, wo wir im direkten Einzugsbereich maximal 600 bis 700 Leute haben, finden wir dieses Postamt unverzichtbar und dort haben wir bisher keinerlei Anstrengungen gemacht, ein Postamt hin zu bekommen. Das heißt, wir sollten schon ein bisschen aufpassen, dass wir sinnvoll agieren, es kann durchaus auch sein, dass Strukturen vielleicht auch nicht mehr zeitgemäß sind und angepasst werden müssen. Ich glaube, in diese Richtung sollte man gehen. Dort wird mit Sicherheit die Funktion des Postamtes nicht mehr in der Form benötigt, wie es vielleicht noch vor 50 Jahren benötigt worden ist. Das heißt, gerade bei dem speziellen Standort, glaube ich, ist mehr vielleicht die Außenwirkung für die Revitalisierung dieses Stadtteiles das Entscheidende, darum gehen wir da auch mit, aber – Entschuldigung – prinzipiell müsste man über diesen Standort wirklich diskutieren können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Im Gegensatz zur Meinung vom Kollegen Kupfer, vertrete ich doch die Auffassung, dass im Zusammenhang dieser vorliegenden Resolution, es doch sehr wohl einen Diskussionsbedarf gibt. Selbstverständlich haben auch wir vonseiten der Freiheitlichen diese Resolution unterzeichnet, weil auch wir die Auffassung vertreten, dass Ertragsprobleme bei der Post nicht einfach dazu führen dürfen, dass man österreichweit ca. 600 Postämter schließen möchte und in Oberösterreich 79, das ist nämlich die aktuelle Zahl – nicht 70 sondern 79. Man müsste zumindest, dort wo es erforderlich ist, Ersatzvorschläge einbringen. Ich bin aber durchaus auch bei der Meinung vom Herrn Kollegen Mayrhofer. Man soll schon auch die Kirche im Dorf lassen und die Vergleiche, die er angestellt hat, haben durchaus ihre Rechtfertigung. Vor allen Dingen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte man eines auch berücksichtigen, die auch in diesen Räumlichkeiten sehr oft und hochgelobte EU hat ja nämlich bereits seit einigen Jahren massive Veränderungen für die Post gebracht. Ich darf Sie daran erinnern, dass das Paket Versandmonopol für die Post seit Jahren gefallen ist und dass auch ab 2007 EU-weit das Briefversandmonopol fallen wird, also da wird sich die Post auch einiges einfallen lassen müssen, wie das so weiter geht.

Unverständlicher Zwischenruf von Stadtrat Walter Oppl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, Herr Kollege Oppl, ich bin auch der Meinung, dass verschiedene Dinge, die die EU mit sich gebracht hat, nicht in Ordnung sind, aber das ist halt das, vor der Tatsache stehen wir und das merkt

man jetzt bei der zur Verfügungstellung von 200 Mann für das Bundesheer, dass jetzt offensichtlich das EU-Recht über dem nationalen Recht steht und auch angewendet wird. So zumindest behaupten das die Experten, aber es hat sich bereits ein weiterer Experte zu Wort gemeldet, der Kollege wird dazu einiges sagen, ich kann nur sagen, was man so in der Öffentlichkeit hört. Aber wie gesagt, ich möchte jetzt nicht von der Post zum Bundesheer kommen, aber doch sehr deutlich sagen, dass es nicht einfach so sein kann, dass wir widerspruchsfrei das zur Kenntnis nehmen, dass man rigoros österreichweit und auch in Oberösterreich Postämter einfach zusperrt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Irgendwie ist es schon ein bisschen eigenartig, wenn Mandatare, die diese Resolution unterzeichnen, sich dann herausstellen und sagen, na ja, wir unterschreiben zwar diese Resolution, aber so wirklich stehen wir nicht dahinter. Wollen wir, dass es erhalten bleibt und tragen wir das vollinhaltlich mit, was da drinnen steht, oder tragen wir es nicht mit.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich unterschreibe sie eh nicht!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, weil du nicht stimmberechtigt bist, aber trotzdem finde ich es ein bisschen eigenartig. Auch wenn man die Kirche im Dorf lässt, kann man den Resthof nicht mit dem Wieserfeldplatz vergleichen. Nämlich insofern nicht, weil am Wieserfeldplatz haben wir zumindest noch die Möglichkeit zu verhindern, dass das Postamt zugesperrt wird, am Resthof haben wir gar keines.

Zwischenruf: Ein paar hundert Meter weiter ist eines!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Schon, aber das ist auch schon wieder fußläufig, ist ein anderer Stadtteil und es sind genug Einwohner dort. Aber, zu argumentieren, dass wir das eine nicht haben und deshalb das andere nicht so wichtig wäre, ist sicherlich nicht das Wahre dabei.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, irgendwie sind sie unruhig.
Ich denke mir eines, weil die Ertragslage der Postämter gefallen ist, im Endeffekt ist manches hausgemacht und wenn ich mir z. B. das Postamt am Grünmarkt anschau: Das Postamt am Grünmarkt hat früher den ganzen Tag bis 18.00 Uhr offen gehabt und wenn sie 5 Minuten vor 18.00 Uhr einen Brief aufgegeben haben, dann ist ihnen de facto fast garantiert worden, es hat meiner Erfahrung nach zumindest fast immer funktioniert, wenn sie den noch aufgeben, dann ist er am nächsten Tag auch dort. Jetzt ist Mittag zugesperrt, das heißt, genau zu dem Zeitpunkt, wo die Geschäftsleute, wo die Leute, die in der Stadt arbeiten, die Möglichkeit hätten, ihre Postwege zu erledigen, ist zugesperrt. Um 17.30 Uhr sperrt das Postamt zu, um 17.00 Uhr können sie das letzte Mal einen Brief aufgeben, weil wenn sie ihn später aufgeben, kommt er auf jeden Fall am nächsten Tag nicht an, sondern geht erst am nächsten Tag mit der Post weg. Das heißt, im Endeffekt hat die Post schon eines gemacht, und das sage ich aus meiner ganz persönlichen Erfahrung, nachdem ich das am Postamt Grünmarkt seit Jahren verfolge, man hat sich im Endeffekt hingestellt und gesagt, so, jetzt kürzen wir einmal die Öffnungszeiten und wundern uns jetzt auf einmal, dass wir weniger Kunden haben und die Kunden sollen halt zum Bahnhofspostamt gehen. Die Gefahr sehe ich auch, dass man eigentlich de facto bewusst ein Postamt am Stadtplatz ausdünnst, damit man dann irgendwann sagen kann, eigentlich rechnet es sich ja nicht, die meisten Leute gehen inzwischen eh aufs Bahnhofspostamt. Na ja, na ja, wenn ich genau zu der Zeit, wo ich zum Postamt gehen könnte, es nicht nutzen kann, weil es zu hat, dann ist das ein Problem. Die Gefahr sehe ich schon, dass einer der nächsten Schritte dann möglicherweise der ist, solche Dinge in Frage zu stellen und da muss man sich gleich zu Beginn zur Wehr setzen, weil es kann dann nicht sein, dass man z. B. dann irgendwann am Stadtplatz kein Postamt mehr hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als nächster GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Dass wir inhaltlich diese Resolution unterstützen, hat ja bereits der Fraktionsobmann hier kundgetan. Ich möchte das vielleicht um zwei, drei Sätze ergänzen. Das ist vielleicht ganz interessant, dass zwar in der Zeitung heute die Begründung für diesen Schritt vom Kollegen Kupfer etwas anders dargestellt wird, als jetzt in der Resolution niedergeschrieben ist, aber ich bin eh froh, weil so wie es in der Zeitung steht, da wären wir nicht ganz einverstanden gewesen, weil er bringt ja immer wieder so etwas zustande, dass man auch aus diesem Thema eine Ausländerdiskussion macht, aber das sei hier einmal beiseite gelassen.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sinngemäß gemeint, dass es ganz wichtig ist, dass man dort das Postamt erhält, weil dort so viele Ausländer sind. Also in erster Linie ist bei uns schon der Strukturwandel in Steyrdorf das wichtigste Thema, die wichtigste Begründung und das zweite ist natürlich auch die Fachhochschule mit dem Studentenheim, draußen beim Bruderhaus usw. und das konkurrenziert diese Aktivitäten im Steyrdorf. Ich möchte jetzt vielleicht aber noch einen Diskussionsentwurf einbringen, ein bisschen anschließend an den Kollegen Mayrhofer. Nachdem ja der Kollege am Wieserfeldplatz sehr umtriebig ist, vielleicht kann er das auch transportieren. Ich weiß nicht, ob er das gelesen hat, es besteht ja die Möglichkeit, dass Lebensmittelgeschäfte die Agenden der Post auch teilweise übernehmen, bzw. übernehmen können. Es hat ja einmal ein kleines Lebensmittelgeschäft am Wieserfeldplatz gegeben, das leider vor ein paar Jahren wieder zugesperrt hat, jetzt gibt es aber die Möglichkeit, dass wenn ein Lebensmittelgeschäft diese Dinge übernimmt, diese Serviceleistungen der Post übernimmt, dass dann die Erstausrüstung von der Post finanziert wird. Das heißt, es wäre durchaus vielleicht lukrativ und interessant, wenn sich dort sozusagen wieder jemand findet, der den Lebensmittelhandel kombiniert mit Postaktivitäten übernimmt, selber Investitionen spart und wir hätten dort zwei durchaus für die Gegend interessante Dinge erledigt.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Dann könnten sie dort auch Zigaretten kaufen, dann brauche ich nicht mehr in die Trafik gehen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das macht eh der Hack.

Vielleicht kann das der Kollege Kupfer dort auch einmal weiter transportieren und das ist vielleicht eine Chance, dass man noch irgendetwas rettet, weil was mit den Resolutionen so passiert, das wissen wir ja, oder wissen wir nicht und in dem Zusammenhang würde ich den Herrn Bürgermeister bitten, dass er vielleicht den Herrn Magistratsdirektor beauftragt, einmal im Jahr dem Gemeinderat mitzuteilen, was mit diesen Resolutionen, die sich in letzter Zeit häufen, ganz gleich von welcher Fraktion aus parteipolitischen Gründen hier eingebracht, was mit diesen Resolutionen letzten Endes passiert. Wir haben sie abgeschickt, kommen sie an? Werden die dort gelesen, gibt es dazu Stellungnahmen? Schreibt uns da jemand zurück und wenn ja, dann wäre das für den Gemeinderat ganz interessant, was da so zurückkommt, sonst sind das alles nur Pflichtübungen, warme Luft, die eigentlich in der Sache nichts bringen. Also, vielleicht kann der Herr Magistratsdirektor dem einmal nachgehen und einmal im Jahr die Reaktionen, oder die Nichtreaktionen auf Resolutionen mitteilen. Das ist ja für alle, die sie einbringen, ganz interessant und irgendwie haben wir auch ein Recht darauf, was mit dem passiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Vielleicht könnte man das erweitern, was der Kollege Payrleithner gesagt hat. Da ist mir jetzt gerade eingefallen, wenn wir den altwürdigen und seligen Pilat wieder hätten, der was mit allen handelt, der Briefe bringt und Äpfel und Hasen und alles, die jüngeren kennen ihn ja nicht mehr, aber die älteren kennen ihn ja. Spaß beiseite, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Es wäre natürlich schon verlockend, zu diesem Thema ausführlicher zu diskutieren, mir würde da sicherlich eine Stunde lang etwas dazu einfallen, aber ich werde ihnen das ersparen, weil in diesem Kreis sowieso alle wissen, was schon alles passiert ist und es freut mich, dass wir jetzt doch ein bisschen einen Sinneswandel haben, dass es nicht unbedingt das Gelbe vom Ei ist, dass man alles liberalisiert und dass man alle Dinge nur nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sieht. Auf der einen Seite reden wir, näher zum Bürger und auf der anderen Seite kommt halt dann, was nicht eh alles zumutbar

ist. Natürlich, mit dieser Mobilität, die heute ein Großteil der Bevölkerung hat, wäre vieles zumutbar. Da könnte man über Krankenhäuser diskutieren, über die verschiedensten Einrichtungen, wir sind im Nu in Wien, wir sind im Nu in Salzburg, überhaupt keine Belastung in der Freizeit, aber das kann es ja nicht gewesen sein, es gehört zur Zufriedenheit der Bevölkerung auch mehr dazu, also das, was ich wirklich so um die Ecke erledigen kann und ein Postamt ist halt auch so eine Einrichtung. Auch wenn es vielleicht nach betriebswirtschaftlichen Berechnungen vielleicht rentabler wäre, wenn wir in Steyr nur mehr eines hätten und es kommt eh jeder irgendwann in der Woche einmal bei dem einen Postamt vorbei, so könnte man das schon darstellen. Es würde die Wohnzufriedenheit, die Wohnqualität, insgesamt das Befinden in der Bevölkerung schon maßgeblich beeinträchtigen. Wie es schon in der Resolution steht, solche Einrichtungen erfüllen nicht nur die Aufgabe, dass man hinget und gibt den Brief auf, oder kauft sich eine Briefmarke, oder sonst etwas, sondern es gehört auch zur Kommunikation in der Bevölkerung, solche Dinge sind wichtig. Da kommt man heute wieder ein wenig drauf, gerade so die mittlere oder ältere Generation, Herr Kollege Lengauer und ich, sie sind ein paar Schritte voraus, aber ich folge ihnen in Riesenschritten, dann sind wir froh, wenn wir irgendwo so ein Platzl haben, wo ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Dich nehmen wir auch mit, Roman, du bist gerade mitten drinnen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber zum Tratschen sollte man schon in ein Kaffeehaus gehen und nicht ins Postamt.
Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Natürlich kann man da unterschiedlicher Auffassung sein, aber ich glaube, das gehört einfach auch zu einer modernen Stadt dazu und ich glaube, dass wir da auch als Steyrer den Anspruch haben, ich möchte das jetzt gar nicht oberösterreichweit sehen, für mich ist das, wenn es so realisiert wird, sowieso eine blanke Katastrophe, wenn ganze Gemeinden kein Postamt mehr haben. Wo führt das hin, was braucht man denn eigentlich noch? Aber wir in Steyr haben auch Anspruch auf diese Postämter und wenn da auch gesagt worden ist, wir müssen die Kirche im Dorf lassen, dann ist das richtig, sie gehört auch da hin, aber auch das Postamt gehört auf den Platz, wo wir es jetzt haben. Das ist unser Anspruch, genauso wie die Kirche ins Dorf gehört, gehört das Postamt einfach hin, wir reden eh nicht davon, dass wir ausweiten, dass wir auch im Resthof ein Postamt bekommen, oder in anderen Bereichen, aber in den Stadtteilen, wo wir ein Postamt haben, ist das wirklich keine Überversorgung von diesen. Natürlich gehört auch die Sensibilität im Steyrdorf da mit hinein. Mich freut es, dass wir wirklich gemeinsam zu der Auffassung kommen, dass kein Postamt in Steyr und speziell Steyrdorf und Christkindl, dass das in keinster Weise diskutiert und zugesperrt werden darf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Ich darf auch nur ganz kurz zur Verlängerung der Sitzung beitragen und ein paar Klarstellungen treffen, in der Hierarchie von oben nach unten was die EU betrifft. Es ist richtig, dass das, was von der EU kommt, über der österreichischen Verfassung steht. Ich bin da in letzter Zeit gerade als Missionar tätig und reise durch die Lande, um das so vorzutragen. Ich darf da nur zwei Sätze dazu sagen. Die EU, so wie sie jetzt besteht, besteht aus Verträgen, völkerrechtliche Verträge, die bei weitem über der österreichischen Verfassung stehen. In diesen Verträgen ist geregelt, wie die Rechtssetzung in den europäischen Gemeinschaften funktioniert und auch dieses Recht, das aus den europäischen Gemeinschaften kommt, das sogenannte Sekundärrecht, steht über der österreichischen Rechtsordnung. Dazwischen kommen dann noch völkerrechtliche Vereinbarungen dort und da, z.B. UNO und erst dann, darunter, kommt die österreichische Verfassung und noch weiter darunter die österreichischen Gesetze und Verordnungen. Das heißt, es ist kein Geheimnis, dass die Gesetzgebung der EU und erst recht die Verträge der europäischen Gemeinschaften über dem österreichischen Verfassungsrecht stehen und damit natürlich auch über dem österreichischen Neutralitätsgesetz. Das wissen viele erst seit voriger Woche, aber es ist seit fast genau 10 Jahren so.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Im Moment ist es in den Verträgen noch nicht vorgesehen, dass ein Land austritt, wenn die neue Verfassung irgendwann in den nächsten Jahren in Kraft tritt, dann ist dort eine Klausel vorgesehen, dass ein Land austreten kann. Wie es funktioniert, weiß allerdings noch niemand. Zur Liberalisierung, die dieser EU-Beitritt vor 10 Jahren gebracht hat, habe ich schon einmal hier gesprochen, wie es um die Sendemasten der Mobilfunkbetreiber gegangen ist, da sind nämlich alle hier, ohne einzige Ausnahme, Profiteure von dieser Liberalisierung. Wenn man sich erinnern kann, vor 10 Jahren hat eine Minute Telefonat von Steyr nach Wien noch 6,90 Schilling gekostet und wie viel kostet es jetzt, bei manchen Betreibern gar nichts mehr. Dazu waren wir verpflichtet, weil diese Marktabschottung, diese Monopole aufgelöst haben werden müssen durch den EU-Beitritt. Auch ein Bereich, wo viele profitieren, sind die Flugstrecken, diese Billigflugbetreiber, die hätte es nie gegeben, wenn diese Liberalisierung nicht von der EU verordnet gewesen wäre. Zur Post-Universaldienstverordnung darf ich vielleicht korrigierend etwas sagen. Die kommt nämlich nicht aus dem Parlament, deswegen heißt sie auch Verordnung, die ist meines Wissens im Infrastrukturministerium beheimatet und die hat die Frau Minister Forstinger erlassen, deswegen kann das Parlament sie auch nicht ändern. Ich muss auch korrigieren, es steht da nicht drinnen, dass der Bürgermeister einer Schließung eines Postamtes zustimmen muss, der muss natürlich nicht gefragt werden. Wenn er nämlich gefragt werden müsste, dann bin ich mir sicher, dann hätten sie die früher kontaktiert, sie können und werden auch gegen den Willen der Bürgermeister vorgehen. Der Grund, warum das jetzt gerade auf dem Tapet liegt und warum die Post jetzt mit so einer Sparwelle anrückt – und das darf man aus politischen Hintergrund nicht vergessen – weil der Finanzminister, als Eigentümervertreter der Post, für heuer noch eine Sonderdividende haben will und die muss sich die Post einmal leisten können. Dadurch muss sie sozusagen im eigenen Unternehmen sehr viel einsparen und der erste Weg einzusparen, ist natürlich nicht rentable Betriebsteile zu schließen und da kommt man als allererstes natürlich auf die Postämter, deswegen bin ich auch sehr dafür und freue mich, dass wir da Widerstand leisten. Ob mit Erfolg beschieden wird oder nicht, das können wir noch nicht absehen, aber probieren sollten wir es auf jeden Fall.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke für die rechtliche Aufklärung. Das war für uns sicher eine interessante Information.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung – GR Dr. Braunsberger-Lechner. Mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“.

SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

GEMEINDERÄTIN DR. BRAUNSBERGER-LECHNER BIRGITTA:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Freiheitliche?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bürgerforum?

Diskussion verschiedener Mandatare

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wie auf Nadeln sitzt er da. Aber gut, damit die Nadeln nicht weiter stechen, darf ich den geschätzten Gemeinderat anlässlich der Eröffnung unseres Weinhandellokales am Steyrer Stadtplatz einladen. Wir haben das am 1. Oktober gemacht, aber aus Platzgründen war es mir nicht möglich, den gesamten Gemeinderat einzuladen. Nachdem ich nicht den Weg gehen wollte, nur einige Auserwählte einzuladen, sondern wirklich den gesamten Gemeinderat, habe ich das auf einen Termin vertagt, wo ich mir sicher war, dass da wahrscheinlich nachher kaum jemand mehr etwas hat und das ist im Rahmen einer Gemeinderatssitzung. Das heißt, ich darf sie jetzt im Anschluss recht herzlich zu einem kleinen Umtrunk einladen, Stadtplatz 2, wenn sie vor dem Amadeus stehen, gibt es einen kleinen Nebeneingang. Da gehen sie hinein, fahren mit dem Lift in den zweiten Stock, oder sie gehen zu Fuß in den zweiten Stock, und dort gibt es dann ein bisschen etwas zu trinken und ich hoffe, die Gelegenheit sich ein bisschen nett außerhalb der Politik zu unterhalten und das politische Thema für diesen Abend einmal ein bisschen zu vergessen. Selbstverständlich darf ich auch die verehrte Beamtenschaft, die noch anwesend ist, ebenfalls mit einladen. Es wird vielleicht ein bisschen eng, aber ich hoffe, um so gemütlicher.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von 1.011.950,-- Euro beschlossen. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 17.25 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Christian Aichmayr

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Helga Feller-Höller

GR Engelbert Lengauer